STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19191016MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 4,—, vierteljährlich ℳ 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. ℳ 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 480. Donnerstag, den 16. Oktober 1919. — Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

An alle Arbeiterräte!

WTB. Berlin, 14. Oktober. In seiner Gesamtsitzung vom 13. Oktober d. J. hat der Zentralrat die Veröffentlichung der nachstehenden Bekanntmachung beschlossen:

Durch die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, die in der deutschen Arbeiterschaft über den Rätegedanken bestehen, ist es weder möglich gewesen, eine straffe, organische Zusammenfassung der in der Revolution entstandenen Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten stehen auch der Durchführung ordnungsgemäßer Wahlen auf Grund der vom Zentralrat erlassenen Wahlordnung entgegen. Es kommt hinzu, daß es unmöglich war, hinreichende Geldmittel für die Durchführung der Wahlen zu beschaffen. Für die nach der gesetzlichen Regelung der Rätefrage erforderlichen Wahlen müssen bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Da die gesetzliche Regelung mit der größten Beschleunigung erledigt werden soll, so konnte sich der Zentralrat den Gründen der Regierung, für die vom Zentralrat jetzt vorgesehenen Wahlen keine Gelder zu bewilligen, um so weniger verschließen, als damit gerechnet werden muß, daß die auf Grund der Rätegesetze vorgesehenen Wahlen bereits in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden werden. In dieser Situation wäre die Zustimmung der Nationalversammlung für die Bewilligung der für die Wahl nötigen Gelder zweifellos nicht zu erreichen. Infolgedessen ersucht der Zentralrat, von der allgemeinen Neuwahl von Arbeiterräten bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeiterratsfrage Abstand zu nehmen. Der eine Teil der in der Verfassung vorgesehenen reichsgesetzlichen Regelung, der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, liegt der Nationalversammlung bereits vor; der zweite Teil, ein Gesetzentwurf über die Wirtschaftsräte, soll baldmöglichst ebenfalls dem Parlament unterbreitet werden. Nach Verabschiedung dieser beiden Gesetzentwürfe durch die Nationalversammlung, müssen dann die Wahlen nach den Vorschriften der gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen werden.

Damit aber bis dahin keine Lücke entsteht, sollen die aus der Revolution hervorgegangenen, jetzt noch bestehenden Arbeiterräte aufrechterhalten werden. Der Zentralrat hat darüber mit der Reichsregierung verhandelt, und diese hat in einem an die Regierungen der deutschen Länder gerichteten Rundschreiben diesen empfohlen, auf Verständigung und freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den noch bestehenden Arbeiterräten bedacht zu sein. Der Zentralrat schließt sich dieser Auffassung an. Er ersucht alle noch bestehenden Arbeiterräte auf ihrem Posten zu verharren, bis die Arbeiterratsfrage ihre reichsgesetzliche Regelung gefunden hat, und er erwartet, daß die Behörden, im Interesse der ruhigen Weiterentwicklung, den Arbeiterräten in diesem Uebergangsstadium keinerlei Schwierigkeiten machen werden.

Wenn der Zentralrat in dieser Weise den durch die Verfassung geschaffenen Zustand respektiert, so wird er natürlich nicht aufhören, mit den durch die demokratischen Einrichtungen geschaffenen Mitteln dafür zu wirken, daß der in der Verfassung vorgesehene Reichswirtschaftsrat sich zu der vom zweiten Rätekongreß gewollten Kammer der Arbeit erweitert. Hierbei wird ihm der natürliche Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zur Seite stehen. gez. Cohen.

Deutsche Nationalversammlung.

99. Sitzung.

Berlin, 15. Oktober, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch Erzberger, Müller, Dr. Bell, Schlicke. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst

der deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung der Straffreiheit.

Reichsminister **Müller**: Der Entwurf ist eine Ergänzung des Friedensvertrages, auf dessen Inkrafttreten jetzt zu rechnen sein wird. Wenn wir bereits vor Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Polen Abmachungen treffen, so liegt das darin, daß wir ein besonderes Interesse daran haben, daß die Abwicklung der Geschäfte in den östlichen Abtretungsgebieten möglichst schnell sich vollzieht. So schmerzvoll der Verlust deutscher Bürger in Polen uns auch trifft, so haben wir doch ein Interesse daran, daß möglichst korrekte Verhältnisse mit dem polnischen Nachbar bestehen. Die Verhandlungen, die bereits im August begonnen haben, sind neuerdings durch den Putsch in Oberschlesien unterbrochen worden. Sie wurden wieder aufgenommen, nachdem sich wieder eine bessere Atmosphäre gebildet hatte. In ihrer Gesamtheit bilden aber die Verhandlungen unter der tatsächlich vorhandenen Spannung noch Schwierigkeiten, weil eine Reihe von Staatsangehörigen sich in Haft befinden, deren Straftaten mit der nationalen Bewegung in den Grenzgebieten in Zusammenhang stehen. Weiter kommt für uns in Betracht, daß die Zurückgabe der Kriegsgefangenen gegenseitig noch nicht vollzogen ist. Artikel 1 bis 5 des Vertrages umfassen die Behandlung der festgehaltenen Personen, die als Geiseln verschleppt oder als Kriegsgefangene die Freiheit noch nicht wieder erlangt haben. Von der Vergünstigung der Entlassung sollen diejenigen ausgeschlossen werden, die wegen gemeiner Verbrechen festgehalten werden. Alle übrigen sollen sich nach der Heimat oder an andere Orte begeben dürfen. Die Ueberwachung des Vertrages soll einer besonderen Kommission überwiesen werden, zu der je eine Person der vertragschließenden Teile gestellt werden wird. Ist ein Uebereinkommen über einzelne Punkte nicht zu erzielen, so soll ein Schiedsrichter entscheiden. Die Artikel 6 bis 9 regeln die Amnestie für Straftaten, die auf militärische, politische und nationale Betätigung zurückzuführen sind. Der Vertrag selbst tritt mit dem Augenblick der Aushändigung der Ratifikation in Kraft. Die Amnestie muß in Gesetzesformen erfolgen. Wir hoffen, daß dieser Vertrag die friedlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke fördern wird, wie es uns durchaus notwendig erscheint, weil wir geographisch dazu bestimmt sind, Polens Nachbar zu sein.

Haußmann (DDP.): Der Auswärtige Ausschuß hat heute früh den Vertrag bereits in Behandlung genommen und die staatlichen und rechtlichen Verhältnisse geprüft. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Vertrag dringlich ist, weil er das Leben und die Freiheit zahlreicher Angehörigen unseres Staates und des Gegenkontrahenten berührt. Die Beratung im Ausschuß hat ergeben, daß ein Grund zur Beanstandung des Vertrages nicht vorliegt. Nach Ansicht des Auswärtigen Ausschusses kann die Durchberatung des Vertrages auch in zweiter und dritter Lesung heute vorgenommen werden.

Damit schließt die erste Beratung.

Der Vertrag wird sodann in sofortiger zweiter und dritter Lesung ohne weitere Aussprache endgültig verabschiedet.

Es folgt die Fortsetzung der Etatsberatung.

Der Haushalt des Reichspräsidenten wird ohne Aussprache bewilligt.

Sodann wird die am Sonnabend abgebrochene Beratung des **Haushaltes der Reichspost- und Telegraphenverwaltung** fortgesetzt.

Beuermann (DVP.): Zwingende Pflicht der Postverwaltung ist es, namentlich bei der ungeheuerlichen Steigerung der Postgebühren, alles zu tun, um jeden Fortschritt des Verkehrs auszunutzen. Die Postverwaltung hätte sich aus den Heeresbeständen ein so reichhaltiges Material an Autos sichern und genügend Flugzeuge für den Postbetrieb übernehmen müssen. Der Luftpostverkehr zwischen Weimar und Berlin ist wegen Mangels an Betriebsstoffen wieder eingestellt worden. Man hätte unter allen Umständen und sei es durch Schiebereien genügend Betriebsmittel beschaffen müssen. Unerträglich ist für den Verkehr die Verzögerung der Telegramme und der Ferngespräche. Eine bessere Kontrolle säumiger Telephonistinnen und Telegraphenboten wäre angebracht. Anderseits müßte das Publikum selbst für Selbstzucht erzogen werden. Berlin hatte vor dem Kriege durchschnittlich täglich 90 000 Telegramme zu bearbeiten, Ende September waren es täglich 160 000. Die Postdiebstähle müssen durch schärfere Kontrolle unmöglich gemacht werden. Zwischen dem Postministerium und den Beamtenorganisationen besteht jetzt ein gutes Verhältnis. Die Beamten müssen das Recht ihrer politischen Meinungsäußerung außerhalb des Dienstes haben und müssen ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung befördert werden. (Sehr richtig!) In den oberen Beamtenstellen besteht ein Stagnieren in der Aufrückung. Bei dem Bau der Postgebäude könnte noch mehr Sparsamkeit herrschen. Dagegen ist es Vandalismus, wenn schöne Postgebäudefassaden dadurch ruiniert werden, daß man die alten Wappenschilder aus ihnen herausschlägt. (Beifall rechts.)

Zubeil (USD.): Bei der Post ist der Aufstieg der unteren Beamten immer noch sehr erschwert. Vielfach werden Militäranwärter vorgezogen. Es werden Kriegsteilnehmer eingestellt unter Zurücksetzung der Beamten mit Jahrzehnten an Dienstjahren. Wir haben auch im Postbetriebe noch alte verknöcherte Bureaukraten. Wenn sie sich nicht fügen können, so müssen sie aus dem Amte entfernt werden. Wir wollen abwarten, wie die Personal- und Besoldungsreform vom jetzigen Minister durchgeführt wird. Wir wollen hoffen, daß die Postverwaltung wieder zur alten Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit zurückkehrt. Im Telegraphenbetrieb ist heute geradezu eine Lotterwirtschaft eingerissen. Auf vielen Aemtern ist das Aufsichtspersonal viel zu zahlreich, wogegen wir an Arbeitspersonal jetzt Mangel haben. In keinem anderen Betriebe ist das Aufsichtspersonal so zahlreich, wie bei der Post. Das Gehalt der unteren Beamten ist vielfach unzureichend, so daß sich die Leute nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen können. Daher braucht man sich nicht zu wundern, wenn Unehrlichkeiten im Postbetriebe vorkommen. Die Hungerlöhne bei der Post müssen ein für allemal abgeschafft werden. Teuerungszulage, Entschuldungssumme usw. sind ungenügende Aushilfsmittel. Anfangs- und Endgehälter müssen bedeutend erhöht werden. Warum sind den Pensionären nicht ebenfalls Anschaffungsbeihilfen gezahlt worden? Auch die Posthalter müssen in ihren Bezügen bedeutend aufgebessert werden. Die 41 Postkrankenkassen haben mit einer Ausnahme 1 Million Mark Zuschüsse erfordert, die durch erhöhte Beiträge der Beamten aufgebracht werden. Mit der Portofreiheit darf kein Mißbrauch getrieben werden. Die Verfassung stellt die weiblichen Beamten den männlichen vollkommen gleich. Aber abgesehen davon, daß sie nicht im Gehalt gleichstehen, ist es den weiblichen Beamten verboten, im Dienst zu bleiben, wenn sie heiraten, das ist eine Beugung der Verfassung. Wenn unsere Genossen Haase und Cohn an das Telephon treten, werden sofort die Nebenleitungen eingeschaltet und sie werden bespitzelt. Es ist ein Skandal, daß die Reichspostbehörde ihre Beamtinnen zu solchen Spitzeldiensten erzieht. Für den ersten deutschen evangelischen Kirchentag in Dresden im September wurde angeordnet, daß den Gesuchen der Postbeamten um Urlaub zur Teilnahme an diesen Verhandlungen zu entsprechen sei. Wir sind gespannt, ob die Beamten zu dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie in Leipzig im November Urlaub erhalten werden. Schließlich frage ich den Minister, ob es richtig ist, daß bei der Besetzung der höheren Beamtenstellen fast ausnahmslos Personen bevorzugt werden, die in religiöser und politischer Beziehung zur Partei des Ministers gehören.

Steinkopf (SD.): Ich habe mich dieser Tage davon überzeugen können, daß in den großen Verkehrszentren, auf dem Paketpostamte wie auf dem Haupttelegraphenamte die Arbeitslust wie früher vorhanden ist. Das Personal leistete sein Menschenmöglichstes. Telegramme werden wieder durchschnittlich auf telegraphischem Wege befördert. Die Unterscheidung in untere, mittlere und höhere Beamte muß beseitigt werden. Auch könnten die übertrieben vielen Prüfungen in Wegfall kommen, an deren Stelle man den Nachweis einer gewissen Bewährungszeit, vielleicht von einem Jahre setzen sollte. Meine Partei erkennt die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten durchaus an, wie sie in der Verfassung niedergelegt ist. Bei den Prüfungen ist den Kriegsbeschädigten besonderes Entgegenkommen zu gewähren. Wir begrüßen es, daß der Postminister die Beamtenbetriebsräte einführen will. Auch ich trete für das volle Mitbestimmungsrecht der Beamten ein, soweit es sich nur mit der Beamtenstellung vereinbaren läßt. Die Unterdrückung sozialistischer Beamten muß aufhören. So sind Beamte gefragt worden, ob sie dem Zentralverband angehören. Eine solche Gesinnungsschnüffelei muß auf jeden Fall unterbleiben. Meine Fraktion wünscht, daß bei der kommenden Besoldungsordnung die Postdirektoren die Dienststellen wieder erhalten, die sie während des Krieges verloren haben. Wir sind überzeugt, daß sowohl die Postverwaltung als auch die Beamten ihr bestes hergeben zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

Koch-Münster (Z.): Es muß dafür gesorgt werden, daß die Beamten sich herausarbeiten können. Denn wohl in keinem Betriebe haben die Beamten während des Krieges durch schlechte Ernährung so viel gelitten, wie bei der Post. In Artikel 159 der Verfassung wird jedem einzelnen die Vereinsfreiheit gewährleistet. Auf Grund dessen nimmt ein großer Teil der Beamtenschaft das Streikrecht für sich in Anspruch. Wir müssen das Operieren mit dem Streik in der heutigen Zeit ganz entschieden zurückweisen; denn dadurch wird die Versorgung unserer Bevölkerung in Frage gestellt. Die Beamtenschaft muß restlos zur alten Pflichttreue und Dienstfreudigkeit zurückkehren, die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nötig sind. Es ist zuzugeben, daß die Personalverhältnisse äußerst ungeordnet und unbefriedigend sind. Wir haben in den oberen Stellen zu viel Beamten. Die unteren Beamten können nicht zu mittleren Beamten aufsteigen, trotzdem es doch unter diesen tüchtige Menschen gibt, denen es möglich wäre, sich in die mittleren Stellen hinaufzuarbeiten. Wir brauchen für die wünschenswerteste Gestaltung unbedingt die Mitwirkung des Beamtenbeirates. Auch ich bin dafür, daß die mittleren Beamten in obere, die unteren Beamten in die Stellen der mittleren aufrücken können. Der Reichsfinanzminister hat in der vorigen Woche zugesagt, daß vom 1. April 1920 ab eine neue Besoldungsordnung eintreten soll. Auch ich möchte betonen, daß eine Neuordnung der Bezüge aus mancherlei Gründen notwendig ist. Es ist richtiger, wenn hier das Reich vorgeht. Eine baldige Erledigung der Besoldungsreform ist auch notwendig mit Rücksicht auf die große Zahl von Beamten, die in den Ruhestand treten wollen. Die Teuerungszulagen müssen aufhören. An ihre Stelle müssen geordnete Bezüge treten. Die 118 000 Unterbeamten haben im Durchschnitt nur ein Gehalt einschließlich der Teuerungszulage von ℳ 1700. Sie stehen also schlechter als die Arbeiter, deren Löhne also keineswegs zu hoch sind. Die Besoldungsreform muß die Gehälter vereinheitlichen und ausgleichen. Um die Personalreform in geeigneter Weise durchführen zu können, müssen mehr etatsmäßige Stellen geschaffen werden. Die Landbriefträger, Postboten usw. müssen im Gehalt aufgebessert werden. Der Redner tritt weiter für Einschränkung in den Dienstwohnungen der oberen und Verbesserung in den Dienstwohnungen der unteren Beamten ein. Er bemängelt schließlich die neue Dienstanweisung für die Unterbeamten.

Reichspostminister **Giesberts**: Alle Anregungen werden von uns verfolgt und in gemeinsamer Arbeit mit den Beamten-Betriebsräten verhandelt werden, insbesondere die Personalreform. Die Beamtenbetriebsräte sollen eine Denkschrift über ihre Vorschläge ausarbeiten. Aber diese Fragen müssen wir gemeinsam mit anderen Ressorts beraten. Bei der Personalreform wird der Grundgedanke durchgeführt werden, daß der Aufstieg von unten nach oben erleichtert wird. Um aber nicht übertriebene Hoffnungen zu erwecken, bemerke ich, daß nicht jeder berufen und befähigt sein kann. Wenn wir ein tüchtiges Personal haben, muß die Befähigung erwiesen werden. Wir werden die Beamten nach der Befähigung befördern, aber dem Personal werden Ausbildungskurse zur Hilfe kommen. Wir wollen ein bestimmtes Personal heranbilden, das die Fähigkeit hat, den Leuten die Ausbildung zu vermitteln. Die Frage der Hilfskräfte ist recht schwierig, aber wir werden nicht eher ruhen, als bis wir wieder das alte pflichttreue berufsmäßig ausgebildete Personal haben. Das Aushilfspersonal hat in Kriegs- und Uebergangszeiten uns gute Dienste geleistet. Die Entlassungen werden nicht rigoros vorgenommen werden. Bisher vorgekommene Härten werden wieder gutgemacht werden. Das gleiche trifft für die auf Veranlassung der Demobilmachungskommission verwendeten Leute im Postbetrieb zu. Hinsichtlich der Wohnungsfrage bin ich gern bereit, alle praktischen Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die Wohnungsnot in der Beamtenschaft zu verhindern, namentlich bei Versetzungen und bei der Rückkehr unserer Beamten aus dem besetzten Gebiet. Bei der Gewährung von Teuerungszulagen muß ich mich den jeweiligen örtlichen Verhältnissen anschließen. In der Frage der Belassung verheirateter Beamtinnen im Beamtenverhältnis kann ich nicht selbständig entscheiden. Diese Frage muß allgemein von der Reichsregierung, und zwar vom Reichsamt des Innern geregelt werden. Wir sind dabei, die Gebührenfreiheit zu beseitigen. Die Auflösung unserer Armee macht viele Offiziere und Militäranwärter überflüssig, denen nach Möglichkeit ein Unterkommen gegeben werden muß. Soweit es uns möglich ist, werden wir diese Personen bei der Post anstellen. In sehr großem Umfange wird es aber nicht möglich sein können. Hinsichtlich der Beamtenausschüsse werden wir jetzt eine Aenderung nicht vornehmen. Wir müssen die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes abwarten.

Remmers (DDP.): Der Minister kann an den vielen hier geäußerten Wünschen erkennen, daß noch viel zu tun übrig bleibt. Die Beamtenschaft rechnet damit, daß die bevorstehende große Reform hier das bringen wird, was sie in den letzten Jahrzehnten vergeblich anstrebte. Vom Betriebsrätegesetz hoffen auch wir, daß es den Erwartungen der Beamtenschaft entsprechen wird. Dabei ist das Mitbestimmungsrecht zur Kardinalfrage ausgewachsen. Die Beamtenausschüsse müssen auf reichsgesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Organisationen der Beamten und Arbeiter müssen ihre Tätigkeitsgebiete unter sich abgrenzen, ohne Einmischung des Transportarbeiterverbandes. Die Postverwaltung ist aus einer Ueberschußverwaltung zu einem Betrieb geworden, der Zuschuß erfordert, deshalb sind einschneidende Betriebsreformen notwendig, in deren Gefolge Betriebsvereinfachungen eintreten müssen. Damit eröffnet sich für größere Massen der unteren Beamten die Möglichkeit, in höhere und besser bezahlte Stellen einzurücken. Den Unterbeamten darf nicht mehr zur Pflicht gemacht werden oder es darf ihnen nicht mehr nahegelegt werden, ein besonderes offiziöses Organ der Reichspostverwaltung zu abonnieren. Schließlich hat die Verwaltung noch die „Deutsche Verkehrszeitung", durch welche sie sich mit den Beamten in Verbindung setzen kann. Durch die Beseitigung des offiziösen Organs würde das letzte Erinnerungszeichen an frühere Differenzen ausgeschaltet werden. Die Aufrückung in planmäßige Stellen darf nicht von allgemeinen Etatfragen abhängig gemacht werden. Jeder Beamte muß nach zehnjähriger Dienstzeit Aussicht auf feste Anstellung bekommen.

Mumm (DNP.): Das Hauptproblem der Wohnungsfrage, das heute nur leicht gestreift worden ist, kann auf dieser Welt wohl nur unvollkommen gelöst werden. Trotzdem müssen wir versuchen, die furchtbaren, immer mehr steigenden Mißstände zu beseitigen. Die Ansiedlung muß möglichst gefördert werden. Die Initiative des Reichspostministers kann nicht stark genug sein, um für seine Beamten Wohnungen zu schaffen und die Seßhaftigkeit der unteren Beamten zu verbessern. Bezüglich der Beförderungspolitik muß auch die Frage des Familienstandes berücksichtigt werden. Es dürfen nicht zu viel verheiratete Frauen bei der Post angestellt sein. Bei der Doppelstellung der Frau als Beamtin und Hausfrau leidet unbestreitbar der eine oder der andere Beruf. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß nicht eine zu große Zahl von Angestellten vorhanden ist, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen. Es ist nötig, daß der rechte Geist in der Beamtenschaft gepflegt wird, aber nicht nur die technischen Kenntnisse müssen gepflegt werden, sondern auch der alte Beamtengeist der Pflichttreue, der vollen sachlichen Hingebung, der begründet ist auf religiöser Grundlage.

Reichspostminister **Giesberts** teilt in seiner Erwiderung mit, daß den weiblichen Angestellten vor ihrer Verheiratung eine Ablösung ihrer Ansprüche in der Form einer einmaligen größeren Zuwendung zuteil werde, die ihnen gewissermaßen als Aussteuer dienen soll.

Damit schließt die Aussprache. Der Postetat wird bewilligt.

Der **Präsident** teilt darauf mit, daß die Aussicht, am 25. Oktober schon eine längere Pause eintreten zu lassen, sich als unerfüllbar erwiesen hat. Dem Hause steht noch ein umfangreiches und sehr bedeutendes Arbeitsprogramm bevor. Wenn es irgend möglich sei, wolle man am 30. Oktober die Pause eintreten lassen, die dann etwa auf 14 Tage sich bemessen würde. Das Reichsfinanzministerium lege den allergrößten Wert darauf, daß die Reichsabgabenordnung noch bis dahin verabschiedet wird. Der Aeltestenausschuß hat sich diesem Wunsche angeschlossen. Ob auch das Reichsnotopfer noch erledigt werden kann, begegnet lebhaftem Zweifel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Zeitverschwendung, die an einzelnen Tagen in üppiger Weise in die Höhe geschossen sei (Sehr richtig!), entspricht nach dem Empfinden des Aeltestenausschusses nicht der Würde des Hauses und findet auch draußen keinerlei Anklang. Das zu bewältigende Thema sowie die noch vor Weihnachten zu erledigenden Vorlagen bedürfen angespannter Arbeit und Beschränkung auf wirklich große Gesichtspunkte.

Darauf wird die Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Ausschußantrag über Bildung von Unterausschüssen des Untersuchungsausschusses. Interpellation der Deutsch-Nationalen, betreffend Schundliteratur, und Etat des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Politische Nachrichten.

Die Räumung des Baltikums.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

Die Zahl der aus dem Baltikum zurückkehrenden deutschen Soldaten wird auf 10—15 000 geschätzt. Sie bilden etwa den dritten Teil der in Frage kommenden Truppen. Auf deutschem Gebiet sind erst kleinere Transporte eingetroffen.

Ueber den Rücktritt v. d. Goltz ist noch nichts bekannt.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Wolff meldet aus Wien: Nach einer auf Umwegen hierher gelangten Meldung aus Posen reiste der deutsche Regierungskommissar Professor Delbrück, welcher die Durchführung der Bedingungen des deutsch-polnischen Vertrages zu überwachen hat, nach Warschau. Der deutsch-polnische Vertrag vom 1. Oktober wird in den nächsten Tagen ratifiziert.

Erneute Generalstreikgefahr in Oberschlesien.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Breslau, daß über den Industriebezirk erneut der verschärfte Belagerungszustand verhängt wurde. Man befürchte für den 16. Oktober einen Generalstreik, und zwar im Zusammenhang mit dem von uns bereits gemeldeten Konflikt in der „Königshütte". Es handelt sich dort um die Entlassung von 510 Arbeitern, die mit der Wiedereinstellung von vier mißliebigen Meistern nicht einverstanden waren. Die Unternehmer haben es abgelehnt, den Schlichtungsausschuß anzurufen und die Belegschaftsversammlung vom 12. Oktober hat alle Arbeiter zu einmütigem Handeln aufgefordert. Der Staatskommissar Hörsing wird für heute in Kattowitz erwartet und will zunächst getrennt mit den Gewerkschaften und Unternehmern verhandeln, um dann in einer gemeinschaftlichen Sitzung eine Lösung der Krise zu versuchen.

Die militärische Besetzung Oberschlesiens durch die Entente.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

Die Stadt Oppeln hat von dem amerikanischen Kommando in Koblenz die Bitte erhalten, für den 8. Oktober Quartiere und Bureauräume für ein amerikanisches Kommando bereitzuhalten, das bis zum 31. Oktober in Oppeln bleiben und dem der Transport der Besatzungstruppen von Koblenz obliegen wird. Hiernach darf man erwarten, daß die Besetzung Oberschlesiens durch Amerikaner erfolgt und nicht, wie es einmal geheißen hat, durch Tschechen oder Polen.

Die Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen.

Dem „Vorwärts" wird aus Basel telegraphiert, die oberelsässische Sozialistenkonferenz in Mülhausen genehmigte ein Aktionsprogramm, welches die Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens, die Gleichstellung der deutschen Sprache mit der französischen als Amtssprache und die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke fordert.

Die Kandidatenliste für die Kammerwahlen in Oberelsaß enthält sieben Namen, darunter Jean Martin und Grumbach. Die Partei rechnet auf drei Mandate.

Von der bayerischen Regierung.

In die bayerische Koalitionsregierung wird der Bauernbund eintreten, dagegen werden die früheren Konservativen, die sich jetzt Mittelpartei nennen, auf Verlangen der Sozialdemokraten ausscheiden.

Der bayerische Ministerrat hat das Todesurteil gegen den Geiselmörder Kammerstetter bestätigt. Die Vollstreckung wird inzwischen schon erfolgt sein.

Zum Attentat auf Haase.

Die „Freiheit" meldet eine Verschlechterung im Befinden Hugo Haases. Geheimrat Bier beurteilt das Befinden des Patienten sehr ernst, aber nicht hoffnungslos. Trotzdem eine starke Infektion der Wunde vorhanden ist, will er von einer Operation absehen, da Haase sehr schwach ist und phantasiert. Die Aerzte sind machtlos, hoffen aber, daß die Natur des Patienten die Krise übersteht.

Das Danziger Organ der Unabhängigen, „Das freie Volk", wurde wegen Abdrucks des bekannten Aufrufs der unabhängigen Parteileitung aus Anlaß des Attentats auf Haase auf drei Tage verboten. — Wir halten dies Verbot für ebenso dumm und ungerechtfertigt wie das der „Freiheit".

Der Bolschewisten letztes Aufgebot.

Die bolschewistische „Prawda" sieht sich zu dem Zugeständnis genötigt, daß der Vormarsch Denikins eine starke Drohung gegen die ganze Revolution bedeute. Um den Vormarsch auf Tula zu verhindern, haben die Bolschewisten die Bewohner männlichen und weiblichen Geschlechts im Alter von 18 bis 45 Jahren aufgeboten, um die Stadt mit Schützengräben und Drahtverhauen zu umgeben.

Aus den Ausschüssen der Nationalversammlung.

Das Betriebsrätegesetz.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz nahm den Artikel 9 auf Antrag der Mehrheitsparteien in einer Fassung an, die unter anderem bestimmt: „Befinden sich innerhalb einer Gemeinde oder in wirtschaftlich nahe beieinanderliegenden Gemeinden mehrere gleichartige oder nach dem Betriebszweck zusammengehörige Betriebe in der Hand eines Eigentümers oder gehören sie, wenn es sich um Betriebe öffentlicher Körperschaften handelt, dem gleichen Dienstzweig an, so kann durch übereinstimmende Beschlüsse der Einzelbetriebsräte die Errichtung eines Gesamtbetriebsrats neben den Einzelbetriebsräten oder eines gemeinsamen Betriebsrates, der an die Stelle des Einzelbetriebsrates tritt, erfolgen. Die Errichtung eines oder mehrerer gemeinsamer Betriebsräte muß erfolgen, wenn unter den Betrieben solche sind, in denen nach § 1 ein Betriebsrat nicht zu errichten wäre." Für Artikel 9a wurde bestimmt: „Zur Wahl des Gesamtbetriebsrates bilden die Arbeitermitglieder und die Angestelltenmitglieder aller einzelnen Betriebsräte je einen Wahlkörper. Jeder dieser Wahlkörper wählt aus seiner Mitte in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl die auf ihn entfallenden Mitglieder des Gesamtbetriebsrates. Eine Bildung von besonderen Betriebsräten und Angestelltenräten innerhalb des Gesamtbetriebsrates findet nicht statt." Der Betriebsräteausschuß nahm den Artikel 12 in folgender Fassung an: „Die Mitglieder des Betriebsrates, welche Arbeiter sind, werden von den Arbeitern, die Mitglieder, welche Angestellte sind, werden von den Angestellten des Betriebes aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Nach Ablauf der Wahlzeit bleiben die Mitglieder der alten Betriebsräte noch so lange im Amte, bis der neue Betriebsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig." In Betrieben, in denen vorübergehend die Zahl der Arbeitnehmer auf mehr als das Doppelte, aber mindestens auf fünf, von denen drei wahlberechtigt sind, steigt, wählt der nur vorübergehend beschäftigte Teil der Arbeitnehmer in geheimer Wahl einen Vertreter, welcher der etwa bestehenden gesetzlichen Vertretung beitritt. Uebersteigt die Zahl der vorübergehend Beschäftigten hundert, so kann auf Mehrheitsbeschluß sämtlicher wahlberechtigter Arbeitnehmer ein Betriebsrat neu errichtet werden. Angenommen wurde noch gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ein Zusatzantrag der Abgeordneten Dr. Brauns (Z.) und Erkelenz (D.): „Wenn die wahlberechtigten Arbeiter und die wahlberechtigten Angestellten vor jeder Neuwahl in geheimer getrennter Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit dafür stimmen, sind die Vertreter der Arbeiter und der Angestellten in gemeinsamer Wahl aller Arbeitnehmer zu wählen." Bei Artikel 14, der von der Wahl der Obmänner im Betriebsrat handelt, wurde die Beratung abgebrochen; sie wird am Freitag fortgesetzt.

*

Die Reichsabgabenordnung.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung setzte heute seine Beratungen bei den einleitenden Vorschriften fort. Zu § 4, der nach der Regierungsvorlage bestimmt, daß bei Auslegung der Steuergesetze ihr Zweck, ihre wirtschaftliche Bedeutung und der durch die Entwicklung begründete Wandel der Dinge und Anschauungen zu berücksichtigen ist, beantragt ein deutschnationales Mitglied die Worte „über den Wandel der Dinge und Anschauungen" zu streichen und dafür zu sagen: „und die Entwicklung der Verhältnisse zu berücksichtigen". § 4 wurde in der Fassung des deutschnationalen Antrages angenommen. § 5 bestimmt, daß die Steuerpflicht nicht durch den Mißbrauch von Form und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts umgangen oder geändert werden könne. Die Beratung über diese Angelegenheit kam noch nicht zum Abschluß. Sie wird am Donnerstag fortgesetzt.

*

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung verteidigte sich heute in der Fortsetzung der Beratung des Etats des Schatzministeriums der Abg. Gothein gegen den Vorwurf, daß er als Reichsschatzminister dem Schiebertum gegenüber nicht energisch genug aufgetreten sei. Verkäufe von Reichsgut müßten unter Mitwirkung des Großhandels vorgenommen werden, sonst würden sie sich auf Jahre hinaus erstrecken. Freilich dürfe man nur mit ersten Firmen arbeiten und müsse die Personen sorgfältig auswählen. Noch immer würden Kleidungsstücke aus Heeresbeständen zu unglaublich niedrigen Preisen verkauft. Der Zentrumsabgeordnete Erfing verlangte, daß die Regierung aus Heeresbesitz verkaufe, was nur zu verkaufen sei, freilich aber nicht zu Schleuderpreisen. Wünschenswert jedoch sei es, bei dem Verkauf möglichst an die Fabriken direkt zu verkaufen und den Großhandel nur insoweit zuzuziehen, als es nicht anders ginge. Der Sozialdemokrat Stahl erhob lebhafte Klagen über die Zustände im Reichsverwertungsamt. Ein Regierungsvertreter bemerkte, das Ministerium betreibe energisch den Kampf gegen das Schiebertum. Gegen tausend Strafanzeigen seien erstattet worden. Jeder Fall werde rücksichtslos verfolgt. Ausschreibungen von Verkäufen würden der Oeffentlichkeit bekannt gemacht. Man habe Musterzimmer für Kauflustige eingerichtet. Mit der Ausstellung von schwerverkäuflichem Heeresgut auf der Messe habe die Regierung gute Erfahrungen gemacht.

*

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Auswärtigen Angelegenheiten beriet heute den Entwurf eines deutsch-polnischen Vertrages über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit. Beanstandet wurde die Fassung des Artikels 10, wonach keiner der vertragschließenden Kreise in Zukunft eine Person wegen einer vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgten politischen oder sozialen Betätigung einer Ausnahmebehandlung unterwerfen darf. Die hierzu geäußerten Bedenken wurden jedoch nach aufklärender Aeußerung eines Regierungsvertreters behoben. Das Verbleiben der Beamten in den abzutretenden Gebieten bildete einen weiteren Gegenstand der Beratungen. Dabei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine größere Zahl im Amte bleibe und bei späterer Rückkehr in den Reichs- und Staatsdienst keine Schwierigkeiten, sondern Vorteile haben werde.

Im Staatshaushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung

gaben sämtliche Fraktionen durch ihre Vorsitzenden folgenden Antrag zur Beratung bei den Verhandlungen über den Haushalt des Unterrichtsministeriums: „Die verfassunggebende preußische Landesversammlung wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen zur schleunigen Abhilfe von schweren Mißständen in der Besoldung der Volksschullehrkräfte eine Gesetzesvorlage einzubringen, die erstens eine gleichmäßige Regelung der Grundgehalts- und der Alterszulagen in allen Schulverbänden Preußens unter Aufhebung der Ortszulagen vorsieht, zweitens die Gleichstellung der Besoldung der Volksschullehrkräfte mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung bringt, drittens die Lehrerinnen bei Uebernahme gleicher Pflichten in der Besoldung mit den Lehrern gleich stellt. Mit dieser Vorlage sind Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der entstehenden Kosten zu verknüpfen." — Dieser Antrag wird alsbald zur Verhandlung kommen.

Vierzehnte Generalversammlung der Metallarbeiter.

Debatte über den Berliner Streik.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Stuttgart, 15. Oktober.

In geheimer Sitzung wurde heute der Berliner Streik erörtert. Schlicke wies die gegen ihn als Arbeitsminister erhobenen Vorwürfe als unberechtigt zurück. Er habe alles getan, was er im Interesse der Arbeiter hätte tun können. Der Schlichtungsausschuß würde endgültig entscheiden; eine Revision gebe es da nicht. Es sei ein taktischer Fehler, daß die Arbeiter die Verhandlungen abgebrochen und ein Ultimatum stellten. Der Streik sei in denkbar ungünstigster Zeit begonnen worden.

Preußische Landesversammlung.

(Telephonischer Bericht.)

65. Sitzung.

Berlin, 15. Oktober 1919, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Hirsch, Dr. Südekum, Braun, Dr. am Zehnhoff.

Das Haus tritt zunächst in die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die

Feststellung von Nachträgen zum Staatshaushaltsplan

und zur Ergänzung der Gesetze über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts vom 1. April bis 4. Juni 1919 ein.

Gräf-Anklam (DNP.): Die Ermächtigung des Finanzministers, zur Vermeidung besonderer Härten durch Erhebung des erhöhten Zuschlages zur Ergänzungssteuer ganz oder teilweise abzusehen, wenn das steuerpflichtige Vermögen nicht mehr als ℳ 52 000 beträgt und der Steuerpflichtige auf den Ertrag aus diesem Vermögen im wesentlichen angewiesen ist, will der Redner zum Schutz der kleinen Rentner in möglichst weitem Umfange angewendet sehen. Der Redner wendet sich dann ausführlich gegen die parlamentarischen Unterstaatssekretäre, „den gottgewollten Ausdruck des bei einer parlamentarischen Regierung unbedingt nötigen Mißtrauens". (Große Heiterkeit.) Die Ministerien dürfen nicht zu einer Versorgungsanstalt für Parteifreunde werden. Die von uns gestrichenen Beigeordneten der Landratsämter dürfen nicht durch ein Hintertürchen wieder hereinkommen, dadurch, daß man die Kreise zwinge, sie zu bezahlen. (Beifall rechts.)

Richter-Neumünster (SD.): Die Unterstaatssekretäre sind nicht ein Ausdruck parlamentarischen Mißtrauens, sondern der Erleichterung der Arbeit der Ministerien und der besseren Fühlungnahme der Minister mit dem Parlament. Gerade die Deutschnationalen haben das allerwenigste Recht zur Bemängelung sozialdemokratischer Hilfsarbeiter. Unter dem alten System besaß die Konservative Partei ein Monopol auf die Posten in den Ministerien, das heute die Sozialdemokratie nicht besitzt. Früher hat die Rechte an hohen Gehältern für die höchsten Stellen nicht gespart. (Widerspruch rechts.) Wenn sie gespart hat, dann geschah es nur, um Minderbemittelten diese Posten zu versperren. (Lebhafter Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Dr. Schloßmann (DDP.): Die Hilfsarbeiter in den Ministerien müssen sich selbstverständlich erst einarbeiten. Daran sind allein Herr Gräf und seine Freunde schuld, denn früher haben sie ja niemand in die Verwaltung hinein gelassen, der nicht bedingungslos ihrer Partei angehörte. (Beifall links, Lärm rechts.) Heute wird nur nach der Tüchtigkeit gefragt, nicht nach der politischen Richtung, aber für die Tüchtigkeit hat die Rechte ja wohl kein Verständnis. (Lebhafter Beifall links, Lärm rechts.)

Dr. Rosenfeld (USP.): Die parlamentarischen Unterstaatssekretäre sind durchaus notwendig, um die Verbindung mit der Regierung, nicht nur mit den Mehrheitsparteien, sondern mit allen Parteien herzustellen.

Dr. Leidig (DVP.): Wenn Sie (zur Linken) Aufpasser und Spione haben wollen, dann müssen Sie sich geeignetere Leute aussuchen, als die jetzigen Beiräte.

Gräf-Anklam (DNP.): Die Ministerialdirektoren waren bekanntlich (Zuruf: Sozialdemokraten) keine Konservativen, sondern Liberale.

Danach wird die Vorlage in zweiter Beratung angenommen. Es folgt die dritte Beratung.

Dr. Rosenfeld (USP.): Einer Regierung des Belagerungszustandes bewilligen wir keinen Pfennig. Ministerpräsident Hirsch hat mich wegen meiner Beziehungen zu Spielklubs persönlich angegriffen. Spielkarten habe ich weniger angerührt als Ministerpräsident Hirsch. (Andauernde schallende Heiterkeit.)

Ministerpräsident **Hirsch**: Die Beschwerden des Vorredners gehören zum Teil vor die Reichsregierung. Er soll dafür sorgen, daß sie dort vorgebracht werden. Allzugroßen Eindruck haben sie auf die Regierung allerdings nicht hervorgerufen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil alle Sünden, die Dr. Rosenfeld der Regierung vorwirft, von ihm und seinen Freunden zehnfach und hundertfach begangen worden sind und täglich begangen werden. (Widerspruch b. d. USP.) Wissen Sie denn nicht, mit welchen Mitteln brutaler Gewalt Sie vorgegangen sind, wo Sie zur Macht gelangt waren? Die preußische Regierung hat keinen Einfluß auf die Verhängung der Schutzhaft. Trotzdem habe ich heute auf Vorstellung von Unabhängigen hin die Aufhebung der Schutzhaft für einzelne Fälle veranlaßt. Ich bedauere das Verbot der „Freiheit" lebhaft. Jeder Tag, den dieses Blatt länger erscheint, hilft dazu, daß sich immer größere Massen von Arbeitern vor ihm ekeln. (Unruhe.) Die Ausführungen der „Freiheit" nach dem Attentat auf Haase waren das Ekelhafteste und Erbärmlichste, was sich jemals irgendein Blatt geleistet hat. (Lebhafter Beifall.) Der Minister verliest Stellen aus dem Hetzartikel der „Freiheit". Vielleicht können Sie (zu den Unabhängigen) auf Ihre Freunde einwirken, damit Ihre Blätter sich eines einigermaßen anständigen Tones befleißigen. Gewiß ging die frühere Regierung rücksichtsvoller gegen die Opposition vor, aber die frühere Opposition kämpfte auch nicht mit Maschinengewehren gegen die Regierung. Wenn wir den Belagerungszustand nicht verhängt hätten, dann wären wir jetzt nicht imstande, ruhig und sachlich hier die Geschäfte zu führen, zu deren Erledigung wir verpflichtet sind. (Lebhafter Beifall.)

Finanzminister Dr. **Südekum**: Auf Grund einer Bemerkung des Abgeordneten Dr. Rosenfeld halte ich es für notwendig, die hier im Hause schon öfter besprochene Berichterstattung der „Post" und der „Täglichen Rundschau" noch einmal — ich hoffe abschließend — zur Sprache zu bringen. In den genannten Zeitungen erschien ein an mich gerichteter Brief des Herausgebers der „Reichshauptstädtischen Korrespondenz", Günther Horn, der darin unter anderem ausführte, daß er auch nach meiner Klarlegung in der Landesversammlung an der Richtigkeit seiner Berichterstattung über die Bamberger Finanzministerkonferenz nicht zweifelte, da sie sich auf Mitteilungen mit nahestehenden Persönlichkeiten stützte. Im weiteren Verlauf der Sache verlangte der genannte Herr, sehr auf dem hohen Roß sitzend, daß ich alles, was er in seiner durch die „Post" und durch die „Tägliche Rundschau" gebrachten Notiz gesagt habe, für richtig erklären soll. (Hört, hört!) Ich bin mir klar, daß ich mich, wenn ich hier tatsächlich falsche Angaben gemacht hätte, sehr rasch aus dem öffentlichen Leben hätte zurückziehen müssen. Der erwähnte Herr blieb noch bei seinen Aussagen, als er zur Aussprache über die Angelegenheit auf meine Einladung im Finanzministerium erschien. Dort mußte der Herr zu Protokoll geben: „Ich habe mich überzeugt, daß die von mir gebrachte Notiz über die Bamberger Finanzministerzusammenkunft in keinem Punkte der Wahrheit entspricht. Die von mir ausgesprochene Erklärung, daß ich auch nach den Erklärungen des Finanzministers in der Landesversammlung an der Richtigkeit meiner Darstellung keinen Zweifel hätte, da sich mein Bericht auf Mitteilungen von dem Finanzminister nahestehenden Persönlichkeiten gründete, nehme ich dieselben mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück." Günther Horn hat dann noch behauptet, seine Gewährsmänner seien ein „ganz untergeordneter Beamter". Die Beamten des Finanzministeriums haben erklärt, mit Herrn Günther Horn nicht in Beziehungen zu stehen. Der Herr hat endlich versprochen, die zu Protokoll gegebene Erklärung in der „Post" und der „Täglichen Rundschau" zu veröffentlichen. Diese Zeitungen haben aber ihre Aufnahme mit gänzlich nichtigen Ausflüchten abgelehnt. Damit ist die Angelegenheit für den Finanzminister erledigt.

Dr. Rosenfeld (USP.): Wir lehnen es ab, ein für allemal zu erklären, daß eine Gewaltanwendung für uns nie mehr in Frage komme. (Lebhaftes Hört, hört!)

Richter-Neumünster (SD.): Die Unabhängigen verwirren die Köpfe der Arbeiter und wenn die Verwirrung da ist, dann waschen sie ihre Hände in Unschuld. Den größten Zulauf erhalten Sie (zu den Unabhängigen) aus radaulustigen Kreisen, die von Ihnen dann wieder zu den Kommunisten abgeschwenkt sind. Wenn die Unabhängigen die geistige Vergiftung der Arbeiter einstellen, sind wir für Aufhebung des Belagerungszustandes.

Dr. Rosenfeld (USP.): **Der Einigung ziehen wir den frisch-fröhlichen Kampf vor.**

Heilmann (SD.): Die Landesversammlung wird in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, sich mit dem Schicksal der ersten Sozialisierungsgesetze zu befassen, das einer Kommission anvertraut war, deren Vorsitzender der Abgeordnete Dr. Rosenfeld war (Lebhaftes Hört, hört!) und das infolgedessen erst nach längerer Zeit erledigt werden konnte. (Hört, hört! Große Unruhe b. d. Unabhängigen.) Die Verhandlungen in der Landesversammlung darüber werden ergeben, wem die Verantwortlichkeit an diesem Verlauf des Gesetzes zufällt. Wo wir Einfluß haben, da sozialisieren wir genau soviel wie die Unabhängigen, wo sie herrschen. Unsere Stellung zur Einigung der Sozialdemokratie machen wir nicht davon abhängig, ob eine größere oder geringere Zahl der Arbeiter die Notwendigkeit der Tagespolitik einsieht. Wir sind jeden Tag zur Einigung bereit auf dem Boden der Demokratie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die USP. ihre Unterdrückungstaktik aufgibt, da, wo sie in der Mehrheit ist und wenn sie auf Gewaltanwendung verzichtet, da, wo sie in der Minderheit ist, mit einem Wort: Sobald die Unabhängigen auf die Taktik des Sozialismus verzichten, für die Karl Kautsky das Wort „Tartarischer Sozialismus" geprägt hat, kann an die sozialdemokratische Einigung gedacht werden. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitssozialisten.)

Dr. Rosenfeld (USP.): Einigung des Proletariats ist noch lange nicht Einigung der sozialistischen Parteien. Für die erste sind wir auch.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, teilweise unter ungeheurer Erregung der äußersten Linken, als Abgeordneter Riedel-Charlottenburg (DDP.) feststellte, seinem Parteifreunde Hofmann seien in Lichtenberg neun Wunden von unabhängigen Messerhelden beigebracht worden.

Dr. Rosenfeld (USP.) bezeichnet den Abgeordneten Heilmann einen Lügner. Präsident Leinert ruft ihn dafür zur Ordnung.

Die Vorlagen werden gegen die Stimmen der Unabhängigen in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Antrag Dr. **Friedberg** (DDP.) und Genossen, die Staatsregierung möge sofort im Einvernehmen mit der Reichsregierung geeignete Maßnahmen ergreifen, um den durch den schlechten Valutastand begünstigten Schmuggel mit Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Ausland zu verhindern.

Kuhle (DDP.): Den Schmuggel betreiben mit einzelnen Besitzern gewerbsmäßig Banden niederträchtiger Schieber aus einer unmoralischen Pöbelgesellschaft, die sich mit frecher Dreistigkeit aufspielt, während die Masse darbt. Das Loch im Westen wird schließlich unsere Wirtschaft töten. Schärfste Ueberwachung des Eisenbahndienstes und rücksichtsloses Zugreifen tut not. (Lebhafter Beifall.)

Ein Regierungsvertreter: Die Zollkontrolle an der Westgrenze wird leider durch die Ententebesetzung verhindert. Unser Kölner Kommissar ist sogar ausgewiesen worden. (Hört! hört!)

Der **Staatskommissar für das Ernährungswesen** führt aus, daß der Schutz der Ostgrenze gegen den Schmuggel sehr gut arbeite. Dank einer Verständigung, die im Westen mit den Engländern zustande gekommen ist, haben sich die Verhältnisse im Westen etwas gebessert. Wir werden aber dennoch vermutlich Zuchthausstrafen für die Schieber und Wucherer festsetzen müssen. (Lebhafter Beifall.) Zur Bekämpfung des Schieberwesens tut uns die Hilfe der ganzen Bevölkerung bitter not. Die Zwangswirtschaft können wir noch nicht aufgeben, weil wir uns noch im Blockadekrieg befinden. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr.
Landwirtschaftshaushalt.
Schluß 5½ Uhr.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Karl Gjellerup †.

Der Däne **Karl Gjellerup**, der in **Dresden** im Alter von 62 Jahren **gestorben** ist, war durch viele Wurzeln mit dem deutschen Erdreich verbunden. Als Sohn eines isländischen Pastors und einer Deutschen am 2. Juni 1857 in Roholte bei Prästö geboren, kam er durch den Radikalismus eines Georg Brandes Holger Drachmann und Jens Peder Jakobsen über den Hegelianismus zum Idealismus eines Kant und Schopenhauer. Seit 1891 wohnte Gjellerup in Dresden und trat dadurch auch äußerlich in nähere Beziehungen zum deutschen Geistesleben. In dieser ersten Periode seines Schaffens entstanden die Dramen „Brynhild", „Thamyris" und „Wuthhorn", von denen das letzte in Kopenhagen einen sehr starken Erfolg hatte. Gjellerups weltbürgerliches Umfassen aller großen und starken Ereignisse schaffte dann seine Lebenswerke, die den Dichter über seine engere Heimat bekannt machten. Die indischen Dichtungen „Das Weib des Vollendeten" (1907) und „Der Pilger Kamanita" (1906) wie der Roman „Die Weltwanderer" (1910) behandeln die religiösen Probleme des Buddhismus. Seine Hauptwerke, die beiden Romane „Die Hügelmühle" (1910) und „Reif für das Leben" gehen von der dänischen Landschaft aus und umfassen doch die ganze europäische Kultur. Es ist eine tiefe Mystik, die die großen Gedanken über Tod und Ewigkeit durchdenkt. Noch weiter schreitet auf dieser Bahn seine Dichtung „Der goldene Zweig", die kurz nach der Krönung des Dichters mit dem Nobelpreis 1917 erschien und den Tod des großen Pan und damit den Untergang der antiken Welt schildert. Gjellerups letzte Werke waren sein „Elysisches Tagebuch", das in den Fußstapfen des „Goldenen Zweiges" wandelt, und der dänische Kleinstadtroman „An der Grenze" (1919).

Aus der Theaterwelt. Von auswärtigen Bühnen. Stephan Zweigs dreiaktiges Kammerspiel „Legende eines Lebens" erzielte bei der am Kleinen Schauspielhaus der Vereinigten Deutschen Theater in Brünn stattgefundenen Erstaufführung einen starken Erfolg. — Mit der Aufführung des Dramas „Das bist Du" von Friedrich Wolf wurde im Schauspielhaus in Dresden der Versuch gemacht, den neuesten expressionistischen Stil auch auf die Bühne zu bringen. Dem künstlerischen Wollen und Streben des Dichters konnte sich niemand verschließen, wie am Schlusse des Stückes der reiche Beifall bewies. — „Tanja", ein dreiaktiges Revolutionsdrama von Ernst Weiß, kam in den Kammerspielen des Prager deutschen Theaters in russischem Kostüm zur Uraufführung. Der Teufelin Tanja, die einen Revolutionshelden in demselben Augenblick zur Verzweiflung und Selbstvergiftung treibt, da die Revolution seinen Kerker sprengt, lieh Rahel Sanjara aus München die geistige Härte der Gottesleugnerin, die erst in der Todesstunde die erste Träne weint. Die übrigen Figuren des Stückes dozieren verschiedenartige Moralphilosophie. Das wortreiche Stück erzielte dank starker Theatralik und guter Aufführung einen sehr großen und verdienten Erfolg. — Am Freitag findet in den Kammerspielen des Deutschen Theaters in Berlin die Uraufführung des Dramas „Iwanow" von Tschechow, mit Alexander Moissi in der Hauptrolle, statt.

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Zum Streik in der Damenschneiderei.

Seit Freitag, 3. Oktober 1919, streiken die Damenschneider und -schneiderinnen der Damenmaß- und Konfektionsgeschäfte. Der spontan ausgebrochene Streik hat seine Ursache darin, daß die Arbeitnehmer Lohnverschlechterungen abwehren wollen. Bei den zentralen Verhandlungen in Kassel ist ein Tarifschema für die Damenschneiderei geschaffen worden, das aber für Berlin und Hamburg **nicht** in Anwendung kommen soll, weil es Verschlechterungen des bestehenden Zustandes bringen würde. Es war den Parteien aufgegeben, durch örtliche Verhandlungen eine Regelung der Löhne für die Damenschneiderei vorzunehmen. Die von der Organisationsleitung angebahnten Verhandlungen zeitigten kein Ergebnis, weil die Arbeitgeber sich strikte auf den Boden des Schemas stellten. Dieses Schema bringt nur wenigen Arbeiterinnen eine geringe Lohnverbesserung, dagegen für eine große Zahl schon längst im Berufe tätigen Arbeiterinnen ganz wesentliche Verschlechterungen. Der Willkür der Arbeitgeber würde wieder Tor und Tür geöffnet werden.

Am Dienstag, 4. Oktober 1919, fanden Verhandlungen vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß statt, über deren Verlauf Sprecberg in einer am Abend stattfindenden Versammlung der Streikenden Bericht erstattete. Er führte aus:

An dem Verhalten der Arbeitgeber, die weiter an dem Schema festhalten, sind die Verhandlungen gescheitert. Der Schlichtungsausschuß kann nicht eher einen Schiedsspruch fällen, bevor nicht eine aufklärende Antwort von Herrn Stadtrat Hiller, Frankfurt a. Main, der als Unparteiischer die Verhandlungen in Kassel geführt hat, eingegangen ist. Nach Eingang dieser Antwort soll am 21. dieses Monats nochmals vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Nach der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß boten die Arbeitgeber folgende Löhne an: Für Zuarbeiterinnen im ersten Jahre nach der Lehre ℳ 40,80, im zweiten Jahre nach der Lehre ℳ 50,40, im dritten Jahre nach der Lehre ℳ 60, für vorgeschrittene Zuarbeiterinnen ℳ 67,50, für selbständige Jacken- und Paletotarbeiterinnen ℳ 90,70, für die übrigen selbständigen Arbeiterinnen ℳ 80 pro Woche.

Durch allseitigen Zuruf aus der Versammlung, wurde das Angebot als **unannehmbar** bezeichnet. Die Abstimmung durch Stimmzettel ergab 1001 **Stimmen gegen** und 32 für Annahme des Angebots. Die Versammlung bekundete einmütig, den Streik mit Nachdruck weiterzuführen.

Anschließend an diese Versammlung nahm eine überfüllte Mitgliederversammlung Stellung zu diesem Streik. Die Versammlung verurteilte aufs schärfste das Ansinnen der Arbeitgeber, die Entlohnung der Arbeitnehmer nach dem Schema vorzunehmen. Auch gegen den Vorwurf der Arbeitgeber, daß ein Vertragsbruch der Arbeiterschaft vorliegt, wurde protestiert. Nicht die Arbeitnehmer haben den Vertrag gebrochen, sondern die Arbeitgeber durch Nichtinnehaltung des Vertrages bezüglich Bezahlung der Osterwoche, des zweiten Osterfeiertages und Nichtbeachtung der Abmachungen bezüglich der Heimarbeit.

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme durch die Versammlung:

> Die von zirka 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung erklärt sich einverstanden mit den für die Herrenschneiderei getroffenen Vereinbarungen. Sie billigt den Streik in der Damenschneiderei und ermächtigt die Ortsverwaltung zur Zahlung einer höheren Streikunterstützung aus der Lokalkasse. Um dies zu ermöglichen und zum Ausdruck der Sympathie für die Streikenden wird jedes in Arbeit stehende männliche Mitglied ℳ 3 und jedes in Arbeit stehende weibliche Mitglied ℳ 1,50 für jede Streikwoche als Extrabeitrag an den Verband abführen.

Des weiteren stellte die Versammlung folgende Forderungen auf: Für selbständige Damenschneider, Bügler und Stepper Mindestlohn ℳ 129,60, für Herrenmaßschneider, die zur Damenschneiderei übergehen, in den ersten 6 Monaten ℳ 103,70, in den zweiten 6 Monaten ℳ 116,75, für selbständige Mäntel- und Paletotarbeiterinnen, einschließlich Aenderinnen dieser Art, ℳ 96, für alle übrigen selbständigen Arbeiterinnen, einschließlich Aenderinnen dieser Art sowie Konfektionsänderinnen, ℳ 88,80, für Zuarbeiterinnen nach beendeter zweijähriger Lehrzeit im ersten Jahre ℳ 48, im zweiten Jahre ℳ 60, im dritten Jahre ℳ 72, nach beendeter dreijähriger Lehrzeit im ersten Jahre ℳ 60, im zweiten Jahre ℳ 72, für Lehrlinge, männliche und weibliche, im ersten Lehrjahre ℳ 7,50, im zweiten Lehrjahre ℳ 13, im dritten Lehrjahre ℳ 24.

Diese Forderungen sollen den Arbeitgebern zur Anerkennung bis zum 18. dieses Monats vorgelegt werden. Zurzeit befinden sich im Streik bei 24 Arbeitgeberverbandsfirmen 43 Schneider und 978 Schneiderinnen, bei Nichtverbandsfirmen 8 Schneider und 216 Schneiderinnen.

Deutsches Reich.

Zum Berliner Metallarbeiterstreik.

Heute Mittag sollte das Ultimatum der Heizer und Maschinisten ablaufen. Inzwischen kam an die Metallindustriellen ein Schreiben des Reichsarbeitsministers Schlicke, welches sie aufforderte, die von ihm vorgeschlagenen Verhandlungsgrundlagen anzunehmen. Die Metallindustriellen versammelten sich mittags zur Besprechung dieses Schreibens und das Ultimatum der Heizer und Maschinisten wurde um einige Stunden hinausgeschoben.

Die Versorgung der Großberliner Bevölkerung in Frage gestellt.

Der Streik der städtischen Bureauhilfsarbeiter hat sehr großen Umfang angenommen. Sogar die Hilfsarbeiter vieler Brotkommissionen beteiligen sich daran.

Den Ernst der Lage beleuchtet folgende Meldung des Wolffschen Bureaus: Im Berliner Rathaus fand Mittwoch vormittag, wie die Abendblätter melden, eine Konferenz über die Streiklage statt in deren Verlauf Oberbürgermeister Wermuth u. a. ausführte: Es ist ein gefährlicher Augenblick, den die Hilfskräfte zum Streiken aussuchten. Er ist so gefährlich, daß die ganze Versorgung der Großberliner Bevölkerung in Frage gestellt ist. Nehmen wir nur die Kartoffelversorgung an. Sie hat gerade eingesetzt und zwar unter den schwierigsten Verhältnissen. Wenn nun hier eine Stockung eintritt, setzt sie sich bis zum Erzeuger fort. Eine solche Stockung im gegenwärtigen Moment ist nicht wieder gutzumachen. Bis zum Frühjahr ist die gesamte Kartoffelversorgung Groß-Berlins in Frage gestellt. Sehr schlimm steht es mit der Kohlenversorgung. Die Gasversorgung kann jeden Moment zum Stillstand kommen oder für den ganzen Winter auf das allerböseste gestört werden.

Die Eisenbahnerbewegung in Frankfurt a. M.

Die Eisenbahnarbeiter in Frankfurt a. M. haben auch die Forderung aufgestellt, daß die Mitglieder des allgemeinen Eisenbahnerverbandes entweder der freien Gewerkschaft beizutreten oder die Konsequenz zu ziehen haben. — Ferner wurde das Betriebsrätegesetz als durchaus unzureichend bezeichnet und die sofortige Auszahlung der Anschaffungsbeihilfe verlangt.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Handel mit Gemüse und Obst.

Angesichts der verschiedentlich in den letzten Wochen gemachten Wahrnehmung über den Verkauf von Gemüse und Obst auf öffentlichen Plätzen, Wegen und Straßen, sowie an den Bahnsträngen, wird auf daß gemäß Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts vom 12. Juli 1917 ausgesprochene **Verbot** hingewiesen. Es ist nach wie vor verboten, im Gebiet der Stadt Hamburg und der Landherrenschaften der Geestlande, Marschlande und Bergedorf Gemüse oder Obst auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen zu veräußern, sofern nicht vom Hamburgischen Kriegsversorgungsamt beziehungsweise den Landherrenschaften die Erlaubnis zum Handel mit Gemüse und Obst im Umherziehen gemäß § 8 der Bundesratsverordnung vom 3. April 1917 erteilt ist. Die Polizeibehörde ist ersucht worden, jede Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung zur Feststellung zu bringen, um das Strafverfahren zur Einleitung zu bringen. Besondern betont wird, daß das Verbot sich nicht nur auf den Verkauf auf öffentlichen Straßen, Wegen usw. bezieht, sondern auch den Verkauf an den Bahnsträngen der Güterbahnhöfe einschließt.

Nehmt Kartoffeln ein.

Wie während der Kriegszeit, so fordert auch in diesem Jahre das Kriegsversorgungsamt Verbraucher, Unternehmer, Betriebe, Vereine usw. auf, ihren Wintervorrat an Kartoffeln, bezw. den Wintervorrat für ihre Angestellten, Beamten und Arbeiter einzunehmen. Dem Amt steht nicht so viel Lagerraum zur Verfügung wie zur Versorgung der gesamten Bevölkerung erforderlich ist. Wer also Kartoffeln einnimmt, handelt im Interesse der Allgemeinheit. Er handelt aber auch im eigenen Interesse, weil er sich unabhängig von den unregelmäßigen Zufuhren, auf die das Kriegsversorgungsamt angewiesen ist, stellt. Das ist in diesem Jahre von ganz besonderer Bedeutung, weil nach Lage der Kohlenversorgung ungleich größere Transportschwierigkeiten als bisher zu erwarten sind. Jede Erleichterung im Bezuge von Kartoffeln, die sich mit den erforderlichen Kontrollen vereinbaren läßt, sagt das Kriegsversorgungsamt zu. Das Amt selbst kann die Kartoffeln nicht liefern; die Kartoffeln müssen vielmehr auf Grund eines Einfuhrscheines unmittelbar von auswärts bezogen werden. Die Art der Lagerung ist freigestellt, entweder lagern die Verbraucher die Kartoffeln selbst ein, oder auch die Kartoffeln werden beim Betrieb, beim Unternehmer, in Räumen des Vereins oder bei einem zuverlässigen Kartoffelhändler eingelagert. Das einzelne ergibt sich aus den anliegenden Bedingungen für die Einnahme. Falls sie die Einnahme für Ihre Beamten und Angestellten vermitteln wollen, werden Sie höflichst ersucht, die Bedingungen unterschrieben dem Kriegsversorgungsamt zu übermitteln. Ein Exemplar der Bedingungen wird Ihnen dann für den eigenen Gebrauch vom Kriegsversorgungsamt zugestellt. Sollten Sie selbst nicht in der Lage sein, den Bezug der Kartoffeln zu vermitteln, werden Sie im Interesse der Allgemeinheit dringend ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ihre Beamten und Angestellten sich selbst mit dem erforderlichen Vorrat versehen. Es handelt sich um Sicherstellung der Ernährung für den kommenden schweren Winter.

Richtigstellung. In der Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Feuerungsmaterialien, vom 11. d. M., abgedruckt im „Hamburger Echo" vom 12. d. M. (Nr. 474), findet sich folgender Druckfehler: „Unter I a ist der Preis für Stückkohlen unter Ahl mit ℳ 24,10 angegeben, während es richtig ℳ **24,40** heißen muß".

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

Hamburg.

Achtung, aktive Genossinnen!

Heute abend 7 Uhr findet im Café des Gewerkschaftshauses eine Zusammenkunft statt, in welcher Genossin Korell über „Die heutige soziale Fürsorge in Hamburg" sprechen wird. Das Erscheinen aller tätigen Genossinnen (Distriktsausschüsse, weibliche Bezirks-Vertrauenspersonen usw.) erwartet

Die Frauenleitung.

Ein regierungsfeindlicher Oberst.

Herr Oberst z. D. Viktor von Arent schreibt uns:

Auf Ihre Veröffentlichung im Tagesbericht vom 13. 10. 19 erlaube ich mir zu erwidern mit der bestimmten Erwartung, daß Sie diese meine Zeilen Ihren Lesern nicht vorenthalten werden. (§ 11 des Presse-Gesetzes.)

Vor einiger Zeit verglich eine Zeitung, nicht das „Hamburger Echo", die Lage der heutigen Regierung mit einer „Kuh im Porzellanladen".

Diese m. E. zutreffende Bezeichnung habe ich gewiß öfter im privaten Gespräch gebraucht, im Dienst nicht! —

Ich halte es daher für sehr wahrscheinlich, daß diese Worte auch Untergebenen gegenüber gefallen sind. Als alter preußischer Offizier habe ich es stets für angebracht gehalten, mich mit meinen Untergebenen als Mensch zum Menschen, auch über andere Dinge wie den Dienst zu unterhalten.

Oder sollte das „Hamburger Echo" anderer Ansicht sein?

Dem Vaterlande diene ich, nicht den Männern einer vorübergehenden Mehrheit. Diese kann sich ändern, meine Gefühle und Pflichten gegen Volk und Land nicht! — Auch in der freien Republik entspräche es nicht dem Wohle von Staat und Volk, würfe jeder seine Arbeit beiseite, dem die augenblickliche Lage der Regierung verzweifelte Aehnlichkeit mit der Kuh im Porzellanladen zu haben scheint.

Viktor v. Arent, Oberst z. D.

Dieses Schreiben, das eine Bestätigung unseres Artikels vom 13. Oktober ist (der Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes ist durchaus fehl am Ort) will uns also klarmachen, daß der Herr Oberst sich das Recht der freien Meinungsäußerung in seinen „Unterhaltungen von Mensch zu Mensch" vorbehält. Wir wollen dem gern zustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß das Recht der freien Meinungsäußerung auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Wie steht es aber damit? Wird es der Herr Oberst sich auch gefallen lassen, wenn ein „Untergebener" seinen Kuhvergleich etwa recht offenherzig mit der Bemerkung quittiert: „Sie sind ein Rindvieh, Herr Oberst!"

Im übrigen hat unser Artikel noch einige Zuschriften aus den Kreisen des betreffenden Bezirkskommandos zur Folge gehabt, in dem weitere liebliche Aussprüche des Herrn Oberst angeführt werden, die er im Bezirkskommando (wo da der Strich zwischen Dienst und „Unterhaltung" gezogen wird, ist gleichgültig) getan hat. Alles dies veranlaßt uns, dem Herrn Oberst gute Erholung in einem längeren Urlaub zu wünschen.

Hinter den Kulissen der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung".

Uns wird geschrieben: Wie es in bezug auf Theorie und Praxis kommunistischer Grundsätze im Betriebe der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" (Buchdruckerei J. K. Andresen, Neuer Steinweg 3—5) aussieht, zeigt das rigorose Vorgehen der Inhaber gegen einen technischen Mitarbeiter (Setzer) des Betriebes, welcher bezüglich Arbeitseinteilung gegen den Stachel der Redaktion gelökt haben soll. Dies wurde vom Geschäftsleiter der K. P. D., Uhlig, gerächt, indem er durch wahrheitswidrige Behauptungen bezw. Denunziation dafür sorgte, daß der „Uebeltäter" aus dem Betriebe entfernt wurde und als Arbeitsloser nunmehr auf der Straße liegt. Neben Familiensorgen bleibt dem Gemaßregelten noch übrig, darüber nachzudenken, welches Eldorado dem Arbeiter vom Kommunismus winkt, wenn diese Lehren erst einmal voll und ganz in die Praxis übersetzt sind. — Es liegt Beweismaterial dafür vor, daß ein Verschulden des Gemaßregelten nach schiedsgerichtlichem Urteil des Tarifschiedsgerichts für Buchdrucker sowohl wie nach dem Zeugnis seiner Mitarbeiter als ausgeschlossen zu betrachten ist. Der Terror im Betriebe der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" wurde lediglich deshalb inszeniert, um einen widerstrebenden Arbeiter gefügig zu machen."

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband schämt sich.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Hamburg, schreibt uns:

Sogar dem teutschgelben Bolschewistenklub am Holstenwall, dem D. H.-V., wird die Hetzpropaganda des antisemitischen Schutz- und Trutzbundes zu viel und er bestreitet aus diesem Grunde die jüngst am 11. Oktober im „Hamburger Echo" vom Gewerkschaftskartell festgestellten Tatsachen, daß der D. H.-V. im antisemitischen Schutz- und Trutzbund eine besondere Rolle spielt.

Wir stellen demgegenüber folgende Tatsachen fest: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ist nach uns vorgelegten Abschriften von Mitgliederlisten Mitglied des antisemitischen Schutzverbandes für Handel, Gewerbe und Industrie, in dem sich neben ihm bekanntlich auch der reaktionäre Bund der Landwirte sowie zahlreiche teutsche Scharfmacher befinden. — Dieser Schutzverband steht im engsten Connex mit dem antisemitischen Schutz- und Trutzbund und unterstützt die berüchtigte Propaganda desselben. Der D. H.-V. steht trotz seiner Ableugnung dennoch in Verbindung mit dem antisemitischen Schutz- und Trutzverband. Die von diesem herausgegebenen Hetzblätter werden zum Teil in der „Hanseatischen Druck- und Verlagsgesellschaft", einer Gründung des D. H.-V., zu besonderen Preisen hergestellt. Die Verwaltungsapparate des D. H.-V. werden zum Teil zur Verbreitung von antisemitischen Hetzschriften benutzt.

Der D. H.-V. kommt um die ihm unangenehme Tatsache nicht herum, daß er beim Schutz- und Trutzverband eine besondere Rolle spielt. An dieser Tatsache ändert auch die Berichtigung des D. H.-V.s in der Morgenausgabe des „Hamburger Echo" vom 15. Oktober nichts. — Der D. H.-V. sollte uns Gelegenheit geben, vor Gericht für die vorstehend genannten Tatsachen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Wir würden eine solche Gelegenheit auch gern dazu benutzen, um einmal das Treiben der antisemitischen Korruption gerichtsnotorisch festzustellen.

Einwendungen gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, und zwar des am 1. April 1919 in Kraft getretenen Tarifvertrags zur Regelung des Arbeitsverhältnisses der kaufmännischen Angestellten im Kolonial- und Fettwareneinzelhandel für die Städte Hamburg, Altona und Wandsbeck können bis zum 20. Oktober 1919 unter Nr. J. B. R. 2781 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Louisenstr. 33, erhoben werden. — Einwendungen gegen den am 1. April 1919 in Kraft getretenen Tarifvertrag zur Regelung des Arbeitsverhältnisses der kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel mit Eisenwaren, Werkzeugen, Maschinen, Metallen, sanitären Artikeln, Röhren, Haus- und Küchengeräten Glas und Porzellan für die Städte Hamburg Altona und Wandsbeck sind bis zum 20. Oktober 1919 unter Nr. J. B. R. 2785 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Louisenstr. 33 zu richten.

Der Elternrat der Volksschule Methfesselstraße 28 hält jeden Mittwoch von 6½ bis 7½ Uhr eine Sprechstunde im Vorstandszimmer der Schule ab.

Ein eigenartiges Pfand. In einem Schuhwarenladen am Grindelberg erschien ein unbekannter Mann, kaufte ein Paar Damenstiefel, zahlte ℳ 10 an und ließ für den Betrag, den er noch schuldete, eine schottische Karre als Pfand zurück, indem er erklärte, das fehlende Geld sofort nachzubringen. Vergeblich wartete man auf die Rückkehr des Stiefelkäufers. Die Karre, die die Erkennungsnummer 71/17 in gelber Farbe trägt, wurde einstweilen sichergestellt.

Schnell ermittelt wurde der Fahrer Stiilow, der, wie wir am Montag mitteilten, vom Jäger-Bataillon Hamburg unter Mitnahme eines Militärkastenwagens und zweier Pferde verschwand. Der Flüchtige

ling wurde hier in einer Wirtschaft nahe dem Schaarmarkt verhaftet. Dabei stellte sich heraus, daß der Fahnenflüchtling gar nicht Stielow, sondern Wulf heißt und sich nur fälschlich unter dem Namen Stielow hatte anwerben lassen. Der Wagen konnte hier in einem Stall beschlagnahmt werden. Die beiden Pferde waren inzwischen bereits nach Schwerin verschoben. Sie konnten dort gleichfalls beschlagnahmt werden.

Es ist nicht alles Gold was glänzt. Verschiedentlich wurde der Polizei mitgeteilt, daß in Eimsbüttel, Altona und auf St. Pauli Männer Neppwaren als echt goldene zu verkaufen suchen. Am Mittwoch gelang es endlich, die beiden Nepper in Eimsbüttel in der Person eines 38 Jahre alten Arbeiters D. und eines gleich alten Werftarbeiters Schm., die beide in Altona wohnen, abzufangen und in Haft abzuführen. Man fand bei den Festgenommenen drei Uhren, einen Trauring und eine Kette vor. Diese Sachen bildeten die Handelsobjekte der beiden Nepper, die für die minderwertigen Uhren je M. 300 verlangten.

Ein Sammellistenschwindler, der angeblich für das Korps Lettow Gelder sammelt, treibt hier zurzeit sein Unwesen. Der Unbekannte, der sich für einen Schuldirektor ausgibt, trägt seine Schwindelliste in einer ledernen Aktenmappe. Der Schwindler ist mittelgroß, hat rötliche Nase und schwarzen, gestutzten Schnurrbart. Es wird gebeten, den Betrüger im vorkommenden Falle der Polizei zu übergeben.

Die Schreibmaschinendiebe arbeiten weiter. Aus einem Kontor im Hause Dovenfleth 28 wurde eine Maschine „Pittsburg" 9, Nr. 10500, aus einem Laden im Hause Brandstwiete 17 eine Maschine Marke „Underwood", Nr. 16172, aus einem Kontor im Hause Amelungstraße 13/14 eine Schreibmaschine „Adler", Nr. 21596, aus einem Kontor am Gänsemarkt 53 eine Maschine „Monarch", Nr. 26364, aus einem Kontor am Alsterdamm 14/15 eine Maschine Marke „Remington", Modell 7, und aus einem Kontor im Hause Spitalerstraße 16 eine Schreibmaschine Marke „Underwood" gestohlen. Langereihe 29 nahmen Schreibmaschinenräuber eine Maschine „Ideal", Nr. 9506, und „Monarch", Nr. 5564, von hohem Wert.

Hilfeleistungen der Feuerwehr. Bei zwei Unfällen wurde am Mittwoch nachmittag die Hilfe der Feuerwehr erbeten. Einmal war ein Knabe in eine Aufgrabung gestürzt und verschüttet worden, während das zweite Mal eine Frau beim Torfstechen in die Torfgrube fiel und von der einstürzenden Torfwand begraben ward. Der erste Unfall ereignete sich neben dem Grundstück Bundesstraße 50. Ein kleiner Knabe hatte an der Aufgrabungsstelle gespielt und die ausgehobene Grube unterminiert. Hierdurch kamen die Erdmassen ins Rutschen und begruben den Kleinen. Die herbeigeeilte Mannschaft des vierten Feuerwehrzuges holte den Jungen unversehrt hervor. Auch der zweite Unfall nahm einen ungefährlichen Verlauf. Er betraf eine Frau Korff, die auf dem freien Platz bei der Gottschedstraße Torf ausstach. Als sich die Frau in der Grube befand, stürzte diese ein und verschüttete die Frau. Feuerwehrleute des zehnten Zuges retteten die Verunglückte, die ohne Verletzungen davongekommen ist.

Altona und Umgegend.

Achtung, Parteigenossen! Für den am Sonntag stattfindenden Elternabend im Lutherhause bei der Bahrenfelder Kirche sind noch eine Anzahl Karten zum Preise von 50 ₰ im Parteibureau, Bahnhofstraße 40, in der Zeit von 9—12 und 4—7 Uhr zu haben. Wir bitten alle Parteigenossen, besonders die aktiven mit ihren Frauen und erwachsenen Kindern, sich rechtzeitig mit Karten zu versorgen.

Eine gut besuchte Versammlung der Barbier- und Friseur-Zwangsinnung von Altona beschäftigte sich am 14. Oktober in Pabsts Gesellschaftshaus mit dem zum Zwecke der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefällten Schiedsspruch. Nach längerer Aussprache, wobei von allen Rednern die Notwendigkeit der geforderten Lohnerhöhung anerkannt wurde, gelangte folgender Beschluß zur Annahme: „Der Lohn von M. 75 pro Woche wird bewilligt unter Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit. Die von dem Schlichtungsausschuß festgesetzte Uebergangszeit vom 10. Oktober bis 15. November wurde allgemein als zu kurz beanstandet. Dementsprechend wurde daher eine Gültigkeitsdauer dieser Abmachung bis zum 1. April 1920 gefordert. Gleichlaufend mit der Lohnaufbesserung für die Gehilfen wurden, um die Existenzmöglichkeit der Selbständigen ebenfalls den Teuerungsverhältnissen anzupassen, folgende Mindestsätze für Bedienungen einstimmig beschlossen: Rasieren 50 ₰, Haarschneiden M. 1,25, Vollbartschneiden 75 ₰, Frisieren 50 ₰, Kinderhaarschneiden, kurz, 60 ₰, halblang 80 ₰, Haarschneiden am Sonnabend und Sonntag M. 1,75, Rasieren im Abonnement (12 mal) M. 5,50, Damenfrisieren M. 2,50, Kopfwaschen M. 4; alle sonstigen Leistungen sind extra zu bezahlen. Nachdem noch die Anwesenden ermahnt wurden, die gefaßten Beschlüsse auch zu halten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vermißt. Das in der Alsenstraße 13 wohnende 15 Jahre alte Dienstmädchen Hertha Linde wird seit Montag, 13. Oktober, vermißt. Das Mädchen hat dunkelblondes Haar und trägt einen grüngestreiften Rock und schwarz und weiß gestreifte Bluse. — Die seit dem 7. Oktober als vermißt gemeldete Alma Lütgens aus der Wolffstraße hat sich in ihrer Wohnung wieder eingefunden.

Durch Zertrümmern einer Fensterscheibe verschafften sich Diebe Eingang in einen Laden in der Großen Bergstraße und stahlen eine große Menge Sammet- und Seidenstoffe, Satin, Tischdecken und Gardinen.

Aus den Elbgemeinden.

Groß-Flottbeck. Abgabe von Steinkohlen beim Kohlenhändler Rosenberg am Donnerstag von 8—12 Uhr und 1—4 Uhr für die Nummern 801—1160.

Blankenese. Die Versorgung der Einwohner mit Winterkartoffeln wird in den nächsten Tagen beginnen. Zur Einlagerung werden verabfolgt für die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis zum 30. April 1920 pro Kopf 190 Pfund. Die Kartoffeln werden ab Bahnhof geliefert. Der Preis beträgt voraussichtlich M. 12,— pro Zentner. Diejenigen Einwohner, die geeignete Aufbewahrungsräume besitzen und das obengenannte Quantum einzulagern gedenken, wollen sich vom 20.—25. Oktober unter Vorlage der Ausweiskarte und der Kartoffelkarten im Gemeindebureau, Zimmer 3, melden. Die bestellten Kartoffeln sind sofort zu bezahlen. Die Einwohner, die beim gestrigen Verkauf kein Schmalz erhalten haben, wollen die Marke 83 am Sonnabend bei ihren Schlachtern abliefern. Diejenigen Haushaltungen, die kein elektrisches Licht und noch keine Petroleumkarte haben, wollen sich bis zum 18. d. M. im Gemeindebureau melden und eine Petroleumkarte beantragen.

Osdorf. Verkauf von Eierbriketts am Donnerstag.

Wandsbeck und Umgegend.

t. **Mieterversammlung.** In einer letzthin im Lokale „Zum alten Zoll" hier abgehaltenen Bezirks-Mieterversammlung vom 2. Bezirk des Zentralmieterrats referierte Frau Dr. Monheim-Becker über Wert und Wirkung eines festen Zusammenschlusses aller Mieter gegen die Haus- und Grundeigentümer. In treffender Weise verstand es Rednerin, sich ihrer Aufgabe zu entledigen und der Versammlung klarzumachen, daß eine Organisation von 96 pZt. Mietern gegenüber 4 pZt. der Vermieter ganz Gewaltiges zu leisten vermöge, wenn man geschlossen dastände. In den meisten Fällen betrachte der Hauseigentümer seine Mieter als Ausbeutungsobjekt, indem man den Mieter als zinsbringende Person betrachte und an ein Instandsetzen der Wohnungen nicht denke. Trotz der Verfügung der A.- und S.-Räte, daß für Wohnungen bis M. 350 15 pZt., bis M. 800 20 pZt. und höher 25 pZt. Aufschlag zum Friedenssatz genommen werden können, hätten sich die wenigsten Hausbesitzer dazu bereit gefunden, auch nur das Allernotwendigste machen zu lassen. Recht interessante Ausführungen machte Rednerin über Wohnungspfleger, Mieteeinigungsämter, Machtbefugnis gegen Behörden, Mietevertrag und Gesetz usw. Die Referentin schloß mit dem Wunsche, auch hierorts zusammenzustehen. In der Diskussion sprachen die Herren Schneider, Juppe, Weikert, Neugebauer und Feldvoß und wurden auch hier die lebhaftesten Klagen vorgebracht. Wandsbeck ist in vier Bezirke eingeteilt worden, denen ein Bezirksvorsitzender vorsteht, an den alle Beschwerden zu richten sind, der dann gemeinsam mit dem Zentralrat dieselben regelt; später sollen noch der Einfachheit halber Hausmieterräte eingerichtet werden, um den ganzen Organismus bis ins Kleinste hinein gehörig auszubauen. Zum Schluß wurde aufgefordert, sich am Montag, 20. Oktober, abends 7½ Uhr, zahlreich wieder einzufinden bei Högerl, Hirschstraße 30.

---

t. **Bramfeld.** Kartoffel-Ausgabe. Die Gemeinde gibt die wöchentlichen Kartoffeln aus am Freitag, 17. Oktober, von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags auf dem Hofe der Brauerei in Hellbrook. Es gibt für Kartoffelkarten-Inhaber pro Kopf 10 Pfund. Das Pfund kostet 17 ₰.

t. **Alt-Rahlstedt.** Kartenausgabe. Die Versorgungsstelle gibt am Donnerstag, 16. Oktober, von 8 bis 2 Uhr folgende aus: Extra-Zulage für den Monat Oktober für werdende und stillende Mütter, Zuckerkarten für Säuglinge bis zu 2 Jahren, Umtauschkarten für Kinder bis zu 3 Jahren.

t. **Alt-Rahlstedt.** Die Bezugsscheine für einzunehmende Kartoffeln liegen im Gemeindebureau, Zimmer Nr. 3, zum Abholen bereit. Die Besteller werden aufgefordert, die Scheine sofort in Empfang zu nehmen.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Die Volksbibliothek** ist in diesem Winter Montags und Donnerstags von 6—7½ Uhr geöffnet. Die Sonntags-Ausgabe fällt fort. Die Benutzung der Bücherei ist nur Erwachsenen gestattet. Es werden an einen Leser gleichzeitig höchstens zwei Bände ausgeliehen; das Lesegeld beträgt 10 ₰ für den Band. Bei der Anmeldung zur Leserliste ist der Meldeschein vorzulegen, Wohnungswechsel ist mitzuteilen. Der Vorstand hofft, daß die Lesebedingungen genauer als bisher beachtet werden, und es nicht nötig sein wird, die Hinterlegung eines Pfandes zu fordern.

w. **Eindeckung mit Kartoffeln in Wilhelmsburg.** Am Donnerstag den 15. Oktober dieses Jahres, von vormittags 8 Uhr bis abends 6 Uhr werden die Kartoffellieferscheine 101 bis 200 derjenigen Personen beliefert, die sich bei der Gemeinde ihren Winterbedarf an Kartoffeln bestellt haben. Die Belieferung erfolgt im Kartoffellager der Gemeinde bei Winkler, Ecke Neuhofer- und Beringstraße, gegen Abgabe der im Zimmer 8a des Rathauses ausgestellten Quittungen mit obigen Nummern.

Schleswig-Holstein.

Elmshorn. Ein neuer Lohntarif ist zwischen den hiesigen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Lederbranche abgeschlossen worden. Ueberstunden werden mit 25 pZt., Sonntagsarbeit mit 50 pZt. Zuschlag bezahlt. Nach einem Jahre erhalten die Arbeiter 2 Tage, nach 2 Jahren 3 Tage, nach 4 Jahren 4 Tage und nach 5 Jahren 6 Tage Ferien.

Hamburger Bürgerschaft.

Mittwoch, 15. Oktober, nachm. 5 Uhr.

36. Sitzung.

Präsident Grosse eröffnet die Sitzung.

Er gibt zunächst einige Eingänge bekannt. Darunter solche des Erwerbslosenrates und des Landesausschusses für Jugendpflege. Zudem wird mitgeteilt, daß seitens des Senats dem Reichskanzler die Eingabe übermittelt wurde, betreffend Erlaß eines Gesetzes zur Ablösung des Belagerungszustandes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt

Dr. Koch (DDP.) an betreffs eines Geländeverkaufes, von dem er Kenntnis erhalten haben will.

Meyer (SD.) antwortet darauf.

Auf Antrag Platen (DDP.) wird Besprechung beantragt.

Platen (DDP.): Diese Antwort des Herrn Meyer befriedigt uns nicht. Redner geht dann des näheren auf die Wohnungsmisere ein. Man kann nicht sagen, daß die Finanzdeputation großen Weitblick in dieser Affäre bewiesen hat.

Meyer (SD.): Ich habe völlig sachlich geantwortet. Die Sache wird der Bürgerschaft noch vorliegen und Sie können dann noch darüber beschließen.

Thälmann (USP.) stellt eine Anfrage an das Kriegsversorgungsamt, betreffend ungerechte Verteilung von Lebensmitteln.

Fischer (SD.) antwortet. Die Zuweisungen von frischem und Büchsenfleisch sind unregelmäßig. Daher kann auch die Ausgabe nicht regelmäßig sein; wir sind auf die Zuwendungen durch das Reich angewiesen. Stadtteilweise kann die Verteilung nicht stattfinden. Die Fleischversorgung ist ein sehr heikles Gebiet, wir wissen noch nicht, wie wir über den Winter kommen werden damit. Auch die Landwirte sind recht widerspenstig, sie, die das sonst für ein Verbrechen ansehen, streiken jetzt.

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst Dringlicher Antrag, betreffend Nachbewilligungen für die Zollverwaltung.

Der Senat beantragt, da infolge der Erschöpfung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel die ordnungsmäßige Fortführung der umfangreichen Geschäfte der Zollverwaltung in Frage gestellt wird, die Bürgerschaft wolle auf den diesjährigen Staatshaushaltsplan einen Betrag von insgesamt M 655 050 nachbewilligen.

Bunzel (DDP.) begründet die Vorlage und verbreitet sich ausführlich über die Wirtschaftslage im allgemeinen. Der Goldzoll im besetzten Gebiete müsse aufgehoben werden. Die Zustände der westlichen besetzten Gebiete führen zum wirtschaftlichen Ruin. Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

1. Herstellung eines Leitwerks vor der Drehbrücke in der Straße Zollkaje in Cuxhaven. Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle M 35 000 bewilligen. Dies wird angenommen.

2. Verwendung von Küchenabfällen. Der Senat beantragt, der Hamburger Abfallverwertung bis auf weiteres die Staatshilfe im erhöhten Betrage von monatlich M 12 000 zu gewähren, und bittet die Bürgerschaft, für sechs weitere Monate M 72 000 zu bewilligen. Das geschieht.

3. **Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.**

Die Vorlage haben wir bereits in einer der letzten Nummern des „Hamburger Echo" abgedruckt. Der Senat fordert danach die Bewilligung von M 7 878 466.

Hirsch (WB.) begründet die Vorlage. Er bittet, hamburgische Unternehmer besonders zu berücksichtigen. Es ist dringend notwendig, daß die Unternehmer recht viel Arbeiter einstellen. Die hochgesteigerten Preise der Materialien sind vor allem durch das Schiebertum bedingt. Dieses muß unbedingt bekämpft werden. Der Senatsantrag wird dann einstimmig angenommen.

4. Nachbewilligung für die teilweise Neupflasterung der Bergedorferstraße in Geesthacht. Hierfür werden M 11 000 verlangt und bewilligt.

5. Bekämpfung der Tuberkulose. Der Senat beantragt die Genehmigung der Bürgerschaft dazu, daß das Medizinalkollegium ermächtigt werde, von der ihm zur Bekämpfung der Tuberkulose bewilligten Summe von M 75 000 dem Hamburgischen Landesverbande für Volksgesundheitspflege einen Betrag von M 40 000 vorbehältlich der Rechnungsablage über seine Verwendung zur Verfügung zu stellen. Die Bürgerschaft stimmt zu.

6. Erhöhung des monatlichen Beitrages zur Dienstbotenkrankenkasse. Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle die §§ 15 und 17 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes für Dienstboten vom 16. Januar 1918 dahin ändern, daß die Kassenbeiträge vom 1. Oktober d. J. ab auf monatlich M 7,80 erhöht werden, wovon die Dienstherrschaft M 5,20, der Dienstbote M 2,60 zu tragen hat.

Dr. Dücker (DV.) stellt eine Anfrage. (Redner ist auf der Pressetribüne wegen zu leisen Sprechens fast unverständlich.)

Strübig (SD.) gibt eine ausführliche Darstellung zur Dienstbotenversicherungsfrage. Meine Partei stimmt dem Antrage zu.

Dieser wird dann angenommen.

6. Antrag des Senats, betreffend Bewilligung von Mitteln für den Hamburgischen Landesausschuß für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle beschließen, daß dem Hamburgischen Landesausschuß für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen zur Durchführung der ihm obliegenden Fürsorgetätigkeit eine weitere Beihilfe aus Staatsmitteln in Höhe von M 1 050 000 gewährt und daß diese Summe nachträglich in Artikel 73 des diesjährigen Staatshaushaltsplanes eingestellt werde.

Die Bürgerschaft beschließt so.

7. Antrag von Frau Wendt (Dem.) und Genossen, betr. **Entlassung aller Kriegsgefangenen**

gibt Anlaß zu einer politischen Debatte.

Frau Wendt (Dem.) begründet den Antrag, nochmals für die Entlassung der Kriegsgefangenen einzutreten. Sie wendet sich vor allem gegen die Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich, deren Leiden unermeßlich seien. Sie beschwert sich darüber, daß den hiesigen Frauen zu den Protestversammlungen nicht bessere Räume zur Verfügung gestellt wurden. (Bravo!)

Kalweit (USP.): **Natürlich stimmen auch wir dem zu.** Wir sollten aber die Regierung beeinflussen, daß sie ihre Politik so einrichtet, daß wir berechtigterweise die Forderung erheben können. Wir haben seit zwei Jahren Frieden mit Rußland und die Gefangenen sind immer noch nicht abgeliefert. (Zurufe.) Man hat sich nicht gescheut, zuerst den Friedensvertrag abzulehnen. Dann hätten wir die Gefangenen überhaupt nicht bekommen. (Zurufe.) Redner beschäftigt sich dann ausgiebig mit den Zwischenrufen und ergeht sich in Angriffen auf Regierung und Sozialdemokratie. Wir müssen zeigen, daß unsere Politik ehrlicher geworden ist. Der Friedensvertrag wird nicht innegehalten. (Unerhört!) Die Unterdrückung der weiteren Volksschichten ist schlimmer denn je. (Oho!) Die U. S. P. wird unterdrückt, die Monarchisten nicht. Die Entente muß ja Verdacht schöpfen! (Wenn Sie es ihr erzählen!) In Deutschland wird genau so weiter gelogen wie früher! (Das tun Sie!) Unter Zustimmung der S. P. D. werden systematisch die Friedensbedingungen umgangen. Die Folgen sehen wir jetzt im Baltikum. (Präsident Grosse ruft den Redner zur Sache.) Die Kriegsgefangenen (sagt Redner auf einen Zuruf) werden sich bei mich bedanken (Gelächter), daß ich für sie eingetreten bin. Außer den USP. hat keiner etwas für die Kriegsgefangenen getan. (Dr. Pardo (SD.) ruft: „Das ist eine unverschämte Lüge!" (Der Präsident rügt diesen Zwischenruf.)

Frau Zabe (SD.): **Herr Kalweit hat den Kriegsgefangenen** keinen großen Dienst erwiesen, aber daß sich die Rechte jetzt so warm für die Kriegsgefangenen einsetzt, ist sehr merkwürdig. Wir haben der Gefangenen wegen dem Frieden zugestimmt. Rednerin geht dann ausführlich auf die Maßnahmen der Regierung zur Wiedererlangung der Kriegsgefangenen ein. Man kann nicht sagen, die Regierung habe nichts dazu getan. Im Gegenteil. Von rechts und links werden Schwierigkeiten gemacht und die Angehörigen besonders von rechts stark beunruhigt. In den Gefangenenlagern in Feindesland wird dauernd gegen die Regierung Stimmung gemacht. Da muß Remedur geschaffen werden. Verschiedene Leute, die dabei besondere Geschäfte gemacht haben, sprechen sogar von Revanche. Gegen reaktionäre Machnschaften in den deutschen Gefangenenlagern protestieren wir energisch. (Bravo!)

Büll (Dem.): Frau Wendt hat nicht chauvinistisch gesprochen. Redner polemisiert dann gegen Kalweit und gerät in heftigen Wortwechsel mit den Mitgliedern der USP., die heftige Zwischenrufe machen. Für die Methode der USP. habe ich gar keinen parlamentarischen Ausdruck. (Sehr richtig! rechts.)

Hirsch (WB.): Wir sind auch der Meinung, daß, wenn wir den Friedensvertrag nicht unterzeichnet hätten, wir andere, günstigere Bedingungen erhalten hätten.

Dr. Chapeaurouge (DVP.): Wir dachten, daß der Antrag der Frau Wendt hier einstimmig angenommen worden wäre. Ich bedauere daher die Angriffe, die Herr Kalweit hier ausgesprochen hat. Die Angriffe der Frau Zabe sind ganz unberechtigt.

Der abgeänderte Antrag der Frau Wendt wird einstimmig angenommen.

8. Antrag des Senats, betreffend die Schaffung einer Behörde für das Gesundheitswesen. Hierzu beantragen Hey und Genossen: „Wir beantragen: den Antrag des Senats Nr. 270 einem Ausschusse von 14 Mitgliedern zu überweisen."

Dr. Knack (SD.) begrüßt die Senatsvorlage. Sie sei der erste Schritt zu einer dringend nötigen Besserung. Redner verbreitet sich des längeren über die Art der Inangriffnahme dieser Reform. Als „Fachminister" müßte natürlich ein Arzt eingesetzt werden. Man hat die Aerzteschaft in derartigen Stellungen sehr zum Schaden der Allgemeinheit bisher nicht berücksichtigt. Die Zahl 8 der bürgerschaftlichen Mitglieder ist zu gering, es müssen für diese Behörde 12 Personen herangezogen werden. Einen diesbezüglichen Antrag meiner Freunde lege ich hierdurch vor. Es wird das alles noch geprüft werden müssen. Redner geht des näheren auf die Zusammensetzung der Behörde noch ein und spricht dann über die einzelnen Abteilungen der zu schaffenden Behörde. (Auf der rechten Seite des Hauses ist es andauernd überaus lebhaft, was die Berichterstattung sehr erschwert.) Auch auf die Frage der Tierärzte kommt Dr. Knack zu sprechen, wie diese sich ihre Eingliederung in das neue Amt denken, und die Zusammensetzung des bürgerschaftlichen Ausschusses. Das Veterinärwesen muß von der Polizeibehörde getrennt und natürlich der Gesundheitsbehörde angegliedert werden. Redner kommt noch auf das Amt des Präsidenten des Gesundheitsamtes zu sprechen; der Titel sei zwar nicht schön, müsse aber wohl in Kauf genommen werden.

Dr. Nöldecke (DDP.): In der Frage des Prüfungszwanges bitte ich Sie, dem Antrage des Ausschusses zu folgen. Wenn wir unseren Studenten gestatten, an anderen Universitäte die Prüfung abzulegen, dann muß aber mindestens gefordert werden, daß an der Hamburger Universität die Studenten anderer Universitäten die Berechtigung haben, die Prüfung hier ablegen zu dürfen. — In der Frage des Vorsitzes in der Prüfungskommission stehe er auf dem Standpunkt, daß der Vorsitzende richterliche Qualität haben muß.

Zelck (USP.): Ich habe in beiden Sitzungen des Ausschusses gegen den Prüfungszwang gestimmt.

Dr. Pardo (SD.) tritt den Argumenten Dr. Nöldeckes entgegen und befürwortet nochmals den Antrag Appelbaum. Wenn wir den Examenszwang für Hamburg aufheben, wird auch in den anderen Ländern so verfahren werden. Wir sind in jeder Weise für akademische Freiheit zu haben, aber die heutigen Anträge habe damit nichts zu tun.

Es spricht dazu noch Dr. **Mittelstein** (DVP.), dem es merkwürdig vorkommt, daß Unabhängige und Deutschnationale wieder einmal zusammengehen. Dann schließt man die Debatte und kommt nach Schlußwort von Dr. **Koch** (DNP.) zu den Abstimmungen. Es wird der Antrag des Ausschusses über das Gerichtsverfassungsgesetz angenommen. Der Antrag Chapeaurouge wird abgelehnt. Ein Antrag Mittelstein, der denjenigen von Appelbaum im erchen Teil ersetzt, angenommen, ebenso der zweite Teil des sozialdemokratischen Antrages. Die ganze Vorlage wird dann genehmigt.

Der Ausschuß könne darüber noch weiter beschließen. Jede Zersplitterung müsse vermieden werden. Zum Schluß geht Redner ausführlich (unter völliger Teilnahmslosigkeit des Hauses) auf die einzelnen Aufgaben der Behörde ein. Polizei-, Gerichts-, Schulärzte werden erwähnt, Schulschwestern einzuführen wird empfohlen. Die Bekämpfung der Kurpfuscherei wird das Amt energisch übernehmen müssen. Wir würden es begrüßen, wenn ein Ausschuß überflüssig wäre, und der Senat bald vorgehen könnte, würden aber schließlich auch einem Ausschuß zustimmen, wenn von anderen Parteien besonderer Wert darauf gelegt wird. Wir hoffen- daß das Gesetz der Bevölkerung zum Segen gereichen wird. (Bravo!)

Hey (D.) tritt für die Ausschußberatung ein. Was hier vorliegt, ist nur eine Vereinigung der Medizinalbehörde mit dem Krankenhauskollegium. In dem Ausschuß muß ernstlich geprüft werden, ob nicht auch die anderen Institutionen dem Gesundheitswesen mit angegliedert werden können. Auch die Nahrungsmittelkontrolleure gehören hierzu. Zu prüfen ist die Frage der Stellung der Verwaltungsdirektoren zu den ärztlichen Direktoren und dergl. Es gibt also eine ganze Reihe von Fragen, die unbedingt im Ausschuß zu beraten sein werden.

Frl. **Rickmann** (USP.) stimmt ebenfalls der Ausschußberatung zu.

Dr. **Dücker** (WB.) tritt in längeren Ausführungen dafür ein, daß der neue Direktor der Ortskrankenkasse der neuen Behörde angehören muß. Viele Beschwerden und dergleichen würden sich dadurch auf dem kürzesten Wege erledigen. Wenn seinem Vorschlage Rechnung getragen wird, dann werde sich erweisen, daß der Direktor der Ortskrankenkasse der neuen Behörde sich als ein sehr nützliches Mitglied erweisen würde.

Der Antrag Hey auf Ausschußberatung wird darauf angenommen.

9. Abänderung des Ausführungsgesetzes, betreffend die Vormundschaftsbehörde. Der Ausschuß zur Prüfung des Senatsantrages Nr. 145 schlägt der Bürgerschaft vor: 1. den mit dem Senatsantrag Nr. 145 vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Vormundschaftsbehörde, anzunehmen; 2. den Senat zu ersuchen, in Ausführung des Artikels 131 der Reichsverfassung baldigst einen Gesetzentwurf über die „Haftung des Staates und der Gemeinden für die Verletzung der Amtspflicht der Beamten" der Bürgerschaft vorzulegen.

Wird angenommen.

13. Das Gerichtsverfassungsgesetz wird auf Beschluß vorweggenommen.

Antrag von Appelbaum (SD.) und Genossen: Wir beantragen: Die Bürgerschaft beschließt zum Entwurfe des Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25. Februar 1910: 1. In § 1 Abs. 2 hinter den Worten „Zu Mitgliedern der Kommission für die erste Prüfung werden ferner" einzufügen: „vom Senatskommissar für die hamburgische Universität". 2. Im letzten Satz des § 1 Abs. 2 die Worte „richterlichen" zu streichen.

Dazu ein Antrag von Dr. de Chapeaurouge (DVP.): Wir beantragen: 1. zu Art. I: dem § 1 Abs. 1 des Gesetzes folgende Fassung zu geben: „Für die zur Erlangung der Fähigkeit zum Richteramt nach § 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes erforderlichen beiden Prüfungen werden Prüfungskommissionen gebildet, welche der Senatskommission für die Justizverwaltung unterstellt sind. Hinsichtlich der ersten Prüfung steht es den hamburgischen Rechtskandidaten frei, bei dem Antrag auf Zulassung zwischen den bisher zuständigen Prüfungskommissionen und der hamburgischen Prüfungskommission zu wählen. Die zweite Prüfung ist hierorts abzulegen." 2. den Art. 11 zu streichen.

Dr. **Koch** (DNP.) begründet eingehend den Antrag Dr. de Chapeaurouge. Er wünscht, daß der junge Jurist seine akademische Freiheit behält.

Appelbaum (SD.) tritt für seinen Antrag ein und weist auf einen Bericht des Beamtenrats hin, in dem der Vorschlag gemacht wird, daß die einzelnen Prüfungskommissionen ihren Vorsitzenden selbst wählen sollen.

Senatskommissar Senator Dr. **Schäfer** antwortet. Er könne die Befürchtungen der Verwaltungsbeamten nicht teilen. Es muß schließlich doch festgestellt werden, ob der Prüfling in der Lage ist, das Richteramt auszufüllen. Der Vorsitzende müsse ein Richter sein. Redner kommt dann auf die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen zu sprechen.

Dr. **Chapeaurouge** (DVP.) erörtert die Senatsvorlage ausführlich. Die Bürgerschaft stehe, da der Ausschuß sich nicht einig war, vor der Entscheidung. Zum Teil ist Redner für den Antrag Appelbaum, im übrigen begründet er den seinen. Die Lernfreiheit darf nicht eingeschränkt werden, wie es durch den Examenzwang geschieht. Redner setzt sich sehr warm für die Freizügigkeit der Studenten ein. (Beifall.)

Senatskommissar Senator Dr. **Schäfer** legt demgegenüber nochmals den Senatsstandpunkt dar.

10. Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Tarife der Straßenbahn, jetzt über den Antrag des Senats betr. Fahrpreise der Hafendampfschiffahrt A.-G. wird von der Tagesordnung abgesetzt.

11. Dritter Bericht des Ausschusses und Bericht der Minderheit des Ausschusses zur Prüfung der Gesetzeskraft der vom Arbeiter- und Soldatenrat erlassenen Verordnungen, und zwar über die Verordnung der Kirchensteuer und die Heimarbeit.

Nach einer Bemerkung von **Blinckmann** (DDP.) wird dem Antrag stattgegeben, wonach die Verordnungen des A.- und S.-Rates für ungültig erklärt werden.

Spreeberg (SD.) setzt sich für die Heimarbeiter ein. Er legt eine Erklärung vor, die besagt, daß unter Aufhebung der diesbezüglichen Verordnungen des A.- und S.-Rates auf Erlassung eines weiteren Gesetzes hierüber hingewirkt werden müsse. Es ist eine Notwendigkeit, die Heimindustrie zu beseitigen, eine Reform ist unmöglich. Redner bittet, seiner Erklärung zuzustimmen.

Dr. **Nöldecke** (DDP.): Die Verordnung des A.- und S.-Rates muß aufgehoben werden, weil sie mit den Reichsgesetzen im Widerspruch steht. Die Erklärung des Vorredners bittet er, einem Ausschuß von 10 Personen zur Prüfung zu überweisen.

Rose (DVP.) tritt für die Annahme des Ausschußantrages ein.

Rehberg (USP.): Den Ausschußantrag, die Verordnung des A.- und S.-Rates aufzuheben, lehnen wir ab. Die Verordnung ist geboren aus einem Revolutionsrecht. Die Verordnung hat damals eine segensreiche Wirkung gehabt. Viele Betriebe haben damals die Heimarbeit in Werkstätten herstellen lassen. Die abgeschaffte Heimarbeit wird leider, wenn die Verordnung des A.- und S.-Rates aufgehoben wird, wieder eingeführt werden.

Dinkgräfe (W. B.): Die Verordnungen haben bei Teilen der Heimarbeiter große Erregung hervorgerufen. Warum soll man denn die Leute zwingen zum Nichtstun, wenn sie nicht in die Fabrik gehen können. Redner kommt in starken Disput mit der Linken. Ich bin 32 Jahre Seelsorger und stehe mitten drin. (Ehrenteit: [SD.]: Das besagt gar nichts!)

Isaac (W. B.) polemisiert gegen die U. S. P.

Das Schlußwort erhält **Spreeberg**. Er weist die Einwendungen der Vorredner zurück. Kein Mensch will die Heimarbeiter brotlos machen, sondern sie sollen auf Werkstätten ihr Brot besser verdienen. Gerade die Nutznießer der Heimarbeit waren und sind es, die uns entgegenarbeiten. Das ist der springende Punkt. Im übrigen ziehen wir unseren Antrag zurück, da wir uns von einer Ausschußberatung nichts versprechen.

Nachdem die Vorlage endgültig genehmigt ist, tritt um 9¼ Uhr Vertagung ein.

Neueste Nachrichten.

Vom Berliner Metallarbeiterstreik.

WTB. **Berlin,** 15. Oktober. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, wurde in der heutigen Sitzung der 16er-Kommission und der Gewerkschaftskommission der Streik der Heizer und Maschinisten für den kommenden Sonntag beschlossen, da eine Antwort auf das verlängerte Ultimatum von den Metallindustriellen nicht eingegangen ist. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß Notstandsarbeiten weiter verrichtet werden, desgleichen werden die Arbeiten in den Gaswerken fortgeführt. Auch wird dafür Sorge getragen, daß die Lebensmittelversorgung nicht stockt.

Der Krieg hat kein Erbarmen.

WTB. **Berlin,** 15. Oktober. Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erstreckt sich die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer. Derartige schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem aber bei den Betroffenen, an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung berechtigte Erbitterung hervorzurufen.

Vollstrecktes Todesurteil.

WTB. **München,** 15. Oktober. Das Todesurteil gegen den Geiselmörder Kammerstätter wurde heute nachmittag in Stadelheim durch Erschießen vollstreckt.

Dem Friedlichen gewährt man gern den Frieden.

WTB. **Helsingfors,** 15. Oktober. Die finnische Regierung befaßte sich mit dem Friedensangebot Räte-Rußlands und beschloß, den Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Briefkasten.

G. H. 205. Die Entscheidungen des Mieteamts sind endgültig.
R. K. 52. Maria Antoinette wurde am 16. Oktober 1793 hingerichtet.

Versammlungs-Kalender.

Donnerstag, 16. Oktober.

Monisten-Bund. öffentliche Versammlung, 7 Uhr, Curiohaus.
Metallarbeiter-Verband, Heizungsfach, Delegierten-Sitzung, 7 Uhr, Arbeitsnachweis, Gewerkschaftshaus.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 7 Uhr, großer Saal, Gewerkschaftshaus.
Sozialdemokratischer Verein, Eilbeck, 7 Uhr, Aula, Ritterstraße.
Wäschekutscher und Mitfahrer, 7 Uhr, Wandelhalle, Gewerkschaftshaus.
Maschinisten und Heizer, 7 Uhr, großer Saal, oben, Gewerkschaftshaus.
Kastenmacher, 7 Uhr, Rüsch, Schulterblatt.
Holzarbeiter, Wandsbeck, 7½ Uhr, Högerl, Hirschstraße.
Gemeinschaftliche Versammlung der im Wagenbau beschäftigten Schmiede, Stellmacher, Lackierer und Sattler, 7 Uhr, Bau's Gesellschaftshaus.
Metallarbeiterverband, Altstadt-St. Pauli, 6½ Uhr, Damke, ABC-Straße, Ecke Hohebleichen.
Getreidekontrolleure, 5½ Uhr, Lohe, Zippelhaus 20.
Zentralverband der Angestellten, 7½ Uhr, Musiksaal, Gewerkschaftshaus.

Drei arge Feinde.

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß (Ischias) heißen sie. Sie foltern ihre Opfer ebenso grausam, wie es in alten Zeiten die Henkersknechte taten.

Gicht, Rheumatismus und Hexenschuß haben nicht nur die gleiche äußere Veranlassung (Erkältung), sondern auch die gleiche innere, nämlich Vergiftung des Blutes durch zurückgehaltene Harnsäure.

Die Harnsäure ist ein Gift, ein Abfallstoff, der übrig bleibt bei der Verwandlung der Nährstoffe in Kraft und Wärme, genau so, wie beim Verbrennen der Steinkohle Schlacke übrig bleibt.

Die Harnsäure muß regelmäßig aus dem Blute entfernt werden, wie die Schlacke unter dem Dampfkessel, sonst entstehen Störungen.

Die Harnsäure setzt sich an bestimmten Stellen fest und verursacht Entzündungserscheinungen, die je nach der Naturanlage der betreffenden Person und je nach den näheren Umständen verschiedener Art sein können. Die Harnsäure kann sich in Form fester Kristalle in den Gelenken und Sehnenscheiden ablagern, wo sie rasende Schmerzen und heftige teigige Schwellung und Rötung verursacht. Später entstehen an diesen Stellen harte, knotige Anschwellungen, die sich zu völligen Verkrüppelungen der Hände ausbilden können.

Sie kann auch ohne Ablagerung eine heftige Entzündung der Gelenke oder Muskeln veranlassen und wird lebensgefährlich, wenn sie den Herzensmuskel ergreifen wird.

Sie kann endlich eine Entzündung großer Nervenstränge herbeiführen, die sich in neuralgischen Schmerzen des Gesichts, des Kopfes (Kopfreißen), der Kinnladen besonders aber des großen Hüftnervs (Hexenschuß, Ischias) äußern.

Man benutzte dagegen früher mit Vorliebe das Gift der Herbstzeitlose, welches ein Bestandteil der meisten alten „unfehlbaren" Gichtmittel ist.

Mancher, der solche Mittel benutzte, ist durch dieselben für immer von seinen Schmerzen erlöst worden — durch den Tod, denn Vergiftungsfälle waren nicht selten und die Mittel wirkten auch nur vorübergehend.

Auch die später verordnete Salizylsäure ist nicht ungefährlich; dauernde Heilung bringt sie ebensowenig.

Große Beliebtheit im Volke genießen verschiedene scharfe Einreibungen und Pflaster, und es ist wahr, daß sie durch Anregung des Blutumlaufes in dem erkrankten Körperteile die Entzündung vorübergehend beseitigen können. Das nützt allerdings nicht dauernd, aber es kann die Schmerzen lindern. Als gründliche Kur ist „Gichtosint" zur Entfernung der Harnsäure von zahlreichen Aerzten als gut erprobt worden.

Es enthält die Salze, welchen eine Anzahl der berühmtesten Heilquellen ihre gute Wirkung verdanken, in verstärkter Form, alle Stoffe aber, welche die Wirkung abschwächen oder keine Wirkung haben, sind weggelassen.

Dadurch wird eine sehr schnelle Auflösung und gründliche Entfernung der im Körper abgelagerten und im Blute vorhandenen Harnsäure erreicht, ohne daß es nötig ist, sich monatelang in einem Kurorte aufzuhalten, große Mengen Mineralwasser zu schlucken und strenge Diätvorschriften einzuhalten.

Das ist nicht nur angenehmer und bequemer, sondern auch viel billiger. Gichtosint ist in den Apotheken zu haben.

Zum Versuch erhält jeder, der danach schreibt, eine genügende Probe und eine Gebrauchsanweisung vollständig gratis vom Generaldepot: Viktoria-Apotheke, Berlin A. 709, Friedrichstraße 19.

Analyse: Bromnatrium 0,050 %, Chlornatrium 73,410 %, Chlorlithium 1,320 %, Chlormagnesium 6,91 %, Caliumsulfat 1,35 %, Magnesiumsulfat 1,18 %, Calciumsulfat 10,79 %, Calciumbicarbonat 4,63 %, Eisenbicarbonat 0,080 %.

Karl-Heinz Jakob Paul Friedrich

Die Geburt eines kräftigen Sonntagsjungen zeigen hocherfreut an: **Friedrich Stier und Frau Margarethe,** geb. **Oetzmann.** Hamburg, 12. 10. 19.

Sozialdemokrat. Verein für das Hamburger Staatsgebiet Distrikt Hamm.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Carl Hameyer

gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Die Distriktsverwaltung.

Am Montag, 13. Oktober entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treu sorgende Mutter

Gertrud Pätz,

geb. **Herling,** im blühenden Alter von 34 Jahren. Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihrem lieben **Gatten u. Kinde** nebst **Eltern, Geschwistern, Schwiegereltern, Schwager, Schwägerinnen, Verwandten** und allen, die ihr im Leben nahe standen. Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, von Kapelle 9 in Ohlsdorf.

Nachruf! Unserem lieben unvergeßlichen Sohn und Bruder, dem Kraftfahrer

Richard Wallwitz

zu seinem Sterbetage, 16. Oktober, gewidmet. Du guter Sohn und Bruder lebst nicht mehr, dein Platz in unserem Hause ist und bleibt nun leer. Vor einem Jahr in Feindesland dein treues Auge brach, dein gutes Herz tat seinen letzten Schlag. Nun ruhe sanft du liebes Kinderherz, ruh' sanft in ewigem Frieden, uns wird kein Wiederseh'n beschieden. Es gibt ein Leid, das anderer Trost nicht lindert, und einen Schmerz, der niemals heilt. In schmerzlicher Erinnerung seine Eltern **Franz Wallwitz nebst Frau u. Bruder Franz.**

Nachruf! Zum einjährigen Todestag meines innigstgeliebten herzensguten Mannes

Adolph Schmitewski

entrissen durch den grausamen Krieg. Gestorben am 16. Oktober 1918 im Kriegslazarett Sains. Tief betrauert und schmerzlich vermißt von seiner lieben guten Gattin **Anna Schmitewski, geb. Behn** Verwandten u. Nachbarn.

Wer Dich gekannt, wird meinen Schmerz ermessen daß ich mich sehn nach ewiger Ruh, zuviel verlor mit Dir, was ich besessen, die Wunde ist zu groß, sie heilet nimmer zu. Ruhe sanft, geliebtes Herz, geliebt, beweint und nie vergessen.

Die Ueberführung wird noch bekanntgegeben.

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme beim Heimgange meines unvergeßlichen Mannes und unseres lieben Vaters sagen all. Verwandten, Bekannten, den Kollegen vom Sielwesen, dem Lotterie- u. Geburtstagsklub von 1866, sowie dem Beerdigungsübernehmer Hrn. Marien unseren herzlichsten Dank. **Frau Reinitz u. Kinder.**

Danksagung. Für die erwiesene Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Anne Bruns

sagen wir allen unseren innigsten Dank. **Ludwig Bruns und Kinder.**

Danksagung. Für die erwiesene Aufmerksamkeit bei unserer Hochzeit sagen wir allen Verwandten u. Bekannten sowie Nachbarn, dem Gesangverein „Rotenburgsorter Quartett v. 1896" und dem Akkordeon-Klub „Lyra-Eintracht v. 1899" unseren herzlichsten Dank.

Carl Olramba u. Frau, geb. **Lohr.**

Von der Reise zurück **Dr. Brüggemann.**

Am 14. Oktober 1919 verschied nach schwerem Leiden Herr Baumeister

Franz Arno Weirich.

Begabt mit einem reichen Wissen, hat er sein ganzes Können und seine ganze Kraft in nie ermüdender Arbeit seinem Amte gewidmet und für das Landgebiet und die Landgemeinden vieles geschaffen, das auch nach seinem Tode die Erinnerung an ihn wachhalten wird. — Nicht vergessen sei der Dank den die Behörde ihm für seine aufopfernde Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft während des Krieges schuldet. In seinem ganzen Wirken war er ein Vorbild für alle seine Mitarbeiter. Die Landherrenschaften sowohl wie ihre Beamten werden das Andenken an n allzufrüh Verschiedenen stets in Ehren halten.

Hamburg, den 15. Oktober 1919. **Die Landherrenschaften.**

Ostpreußen! Westpreußen! Volksabstimmung!

Es ist höchste Zeit, die Adressen anzugeben, da am 25. Oktober die Listen geschlossen werden. Zentralstelle für Allenstein: in **Hamburg 26, H. Kretschmann, Vulkan 9458.** Vertrauensleute an allen Orten gesucht.

Oeffentliche Sitzung der Wahlkommission am Montag, 20. Oktober 1919, 3½ Uhr nachmittags, im Rathause, Zimmer 1, zwecks Feststellung des Ergebnisses der Wahl von sechs unbesoldeten Magistratsmitgliedern am 19. Oktober 1919

Wandsbek, den 14. Oktober 1919. **Die Wahlkommission.**

Vermietungen

Im Tausch gegen eine nette 3-Zimmerwohn. m. Kamm. in der Schmalenbeckerstraße, Miete M. 400 p. a., wird eine 4-Zimmerwohnung in Gegend Borgf., Hohenf., Eilbeck in der Preislage bis M. 600 gesucht **W. Stadall, Schmalenbeckerstr. 8.**

Möbl. Z. z. 1. 11. zu verm. Nähe Hochb.- u. Vorortsb. **Junker,** Drosselstr 23a III l. bck.

Ges. werd. v. 3 Beamten 3 kl. zusha. möbl. Z. o. 1-2 entspr. größ. Nähe Schaartor. Off an **Schnoor,** Fehlandstr. 11, pt.

Nur keine Bange! Rat u. Hilfe i. jed. Lebenslage. Inkasso ohne Klage. Zahlungsbefehle 2c. durch **Schön, Neuer Steinweg 1, 9-1.**

! Kentucky-Kautabak ! dän. Fabrikat, erstklassige Ware, liefert laufend **F. W. Dietzel, Hamburg 1, Spaldingstr. 62/64.**

Metalle kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Alster 1560.

Arbeitsmarkt

Gesucht ein **Maurer** f. alle vorkommenden Maurerarbeiten. **Aug. Wagner,** Düppelstr. 33 I

Mühlenbauer, Tischler oder Stellmacher gesucht. Aug. Habermann Diederichstr. 31.

Tücht. Tischler, Spezialist Beizen, für sofort gesucht. **C. Moeller, Möbelfabrik, Lindenallee 70/72.**

Gerbergeselle. Einige tüchtige Gerbergesellen, mit Scheren gut geübt, erhalten sof. Stellung. **Aug. D. Michelsen, Bergen, Norwegen.**

Tüchtg. Lederzuschneider sofort gesucht. H. Röhrs, Eckhoffstr. 41, II., Hintgb.

Ges. Rock- u. Tagschneider. F. Kreuzberg, Rathausstr. 14.

Gesucht Rockschneider. Altona, Arnoldstraße 58.

Rockschneider außer d. Hause gesucht. Heudorf, Dammtorstraße 27, I.

Rockschneider gesucht auf Werkstelle. **Schmidt,** Steinstr. 60 pt., **Altona.**

Tüchtige Konfektions-Schneider für Jackett, Ulster u. Hosen sofort gesucht. **Kurt Koppe & Co., Schaarsteinweg 1.**

Schirmfabrik sucht sofort **Lehrmädchen** gegen hohe Vergütung. **Rappolt & Söhne, Mönckebergstraße 11.**

Perf. Weißnäherinnen in und außer dem Hause sucht **Otto Heise, Spaldingstraße 49. Wäschegeschäft.**

Gummi-Mäntel-Kleberinnen sofort gesucht. **Rappolt & Söhne, Jacobikirchhof 6 a.**

Zuverläss. Zeitungsträgerin für Altona gesucht. **Aehmel,** Altona, Kirchenstr. 31.

Zu verk. eleg. Paletot, 1-tür. Kleiderschrank und versch. **Kunst,** Tieloh 21.

Herrenhosen, gest. Dam.- u Kind.-Strümpfe. **Meyer. Elbst. 4.**

Ulster, Paletots, Anzüge aus Ia. Stoffen, vielfach reine Wolle, von M. 125 bis M. 450 (auch für starke Herren), Jünglings-Ulster, Paletots, Anzüge v. M. 60 an Knaben-Anzüge, Paletots M. 30-100, Gehrockanzüge, Smokings u. Cutaway-Anz., **gestreift. Hosen** v. M. 40 an, Stoffe z. Anfert. v. Paletots, Ulster, Anz. in allen Farben. **Wolle und Halbwolle** von M. 29,50 an. Hüte, Mützen, Socken, Unterwäsche. Stoff u. Futter z. Anzug v. M. 125 an. **Sport-Paletots** (nur modernste Fassons). **Südersir. 70/72, Hbg.**

Pelzlager Breul Koppel 106, II Haltestelle Lohmühlenstr. Hochelegante Pelzkragen, Muffen, Pelzmäntel, Hüte, wunderschöne Kreuz-, Bau-, Zobel-, Skunks-, Alaska- u. Weißfuchs, echte Skunks Iltis Persianer, Seal. Sämtliche Neuheiten, bill. Preise. Umarbeit. schnell und billig

Pelz-Kragen, Mäntel, -Muffen, Sport-Pelze Westen, hochmodern u. sehr billig i. d. bek. Pelzlager **Rotberg Hamburg,** Gr. Bleichen 30, hpt.

Pelzsachen werden modern u. bill. umgearb. **Patzwald, Altona,** Sedanstr. 31 H. 4

Schafwolle gewasch. u. ungewasch., **Kammzug u. Wollumpen** kauf. zu höchsten Preis. **Diamant & Co. Bei den Mühren 79.** Tel.: Vulkan 1039. Tel.-Adr.: Diecomproh.

Neue **Spiralbohrer-Werkzeuge,** Auto- u. elektr. Artikel kauft **Nattenheimer, Elbstr 21, pt. hl**

Wir laden Sie ein:

Heute nachmittag um 4½ Uhr wird unser neues Haus

das Möbelhaus HB

Hamburg-Barmbeck **eröffnet.**

Rudolph Karstadt

Hamburg-Barmbeck **Hamburgerstraße 70.** Kom.-Ges.

Friedrich Ritt

Damen-Mäntel-Lager Hamburg, Hahntrapp 8, I. Etage. Kein Laden. — 4. Haus vom Gr. Burstah.

- **Paletots** f. jg. Mädchen, neueste Gürtelform, mit aufges. Taschen, in schwerer Winterw. Mk. 46^{75}
- **Paletots,** neueste Form., in guter Winterware, in hellen und dunklen Farben Mk. 188, 125, 76^{00}
- **Velour- u. Seidenplüsch-Paletots,** auf prima Seidenfutter, Mk. 675, 525, 350^{00}
- **Elegante Wintermäntel** in neuesten Formen, einz. Modelle, 450, 325, 210, 185^{00}
- **Astrachan-Mäntel,** auf prima Seidenfutter, neueste Formen, Mk. 475, 325, 285^{00}
- **Gummimäntel,** prima Gummierung, Gürtelform, in grau, grün und mode Mk. 145^{00} an
- **Kindermäntel,** neueste Formen, mit Gürtel und großen Taschen, in guter, schwerer Flauschware, i. marine, grau u. braun Gr. 60 Mk. 23^{00}
- **Sammet-Kindermäntel** in gestreiftem Sammet, auf warmem Futter, alle Farben Gr. 50 Mk. 120^{00}
- **Kindermäntel,** Modellsachen, in prima schweren Stoffen in allen Preislag. Gr. 60 Mk. 45^{00} an
- **Kinderkleider** in hübschen schottischen u. einfarb. Stoffen Gr. 60 Mk. 58^{00}
- **Modell-Kostüme** in Ia Gabadin und Kammgarn m. eleg. Tressengarnitur, Jacke auf prima Seide gefüttert Mk. 550, 475, 350^{00}
- **Jackenkleider** in reinwollenem Cheviot in marine, schwrz., grün, mode u. grau **Mk. 285, 245,** 135^{00}
- **Kleiderröcke** in prima wollenen Cheviots, grau, marine und schwarz Mk. 24,75, 15^{75}
- **Kleiderröcke,** reinw. Gabadin und Kammgarn, elegante Modelle Mk. 155, 135, 95^{00}
- **Garnierte Kleider** für junge Mädchen in Wolle, hellfrb., marine und schwarz Mk. 270, 175, 155^{00}
- **Tanzstunden-Kleider** in Crepe de Chine und weiss, auch farb. Voiles, entz. Modelle und Formen Mk. 210, 145, 85^{00} an
- **Blusen** in Wolle, gute schw. Winterware, von Mk. 42^{00} an
- **Blusen** in Crepe de Chine, helle u. dunkle Farben von Mk. 65^{00} an

Größte Auswahl in allen modernen **Pelzkragen** und Muffen in Alaskafuchs, Kreuzfuchs, Iltis, Skunks, Kanin in Natur, schwarz und farbig, **zu billigsten Preisen.**

Georg F. C. Voigt Hamburg, Charlottenstr. 26. Fernsprecher: Alster 5292

Rheumatismus-Bittern Bewährtes Mittel gegen **Rheumatismus Gicht, Ischias etc.**

Viele Dankschreib. auf Wunsch grat. zur Verfügung. Nur echt m. Bild u. Namensz. d. Erfind. Zu hab. i. d. Apotheken.

Haupt-Niederlage: Internationale Apotheke, Hamburg, Neuerwall 32. Bestandteile: Chines. Ginseng-Wurzel 10,0, Mastixharz 18,50, Myrrhen 7,00, Nelken-Extrakt 9,00, Wacholderbeeren, franz. 42,50, Narben-Pulv. 6,00, Stinkasant 1,25, Süßholzwurzel 8,00, Franzosenholz 4,50, Aloe 2,50, Weingeist 300,0, Wasser dest. 125,0.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. ::: Abteilung Buchhandlung ::: Hamburg 36, Fehlandstr. 11

Wir empfehlen:

An unserer Unterelbe

Marsch- und Geest-Novellen und Skizzen von **J. D. Gennerich**

Zweite Auflage :: **Erweiterte Volksausgabe** Preis broschiert Mk. 2,40 einschließlich Teuerungszuschlag

Bestellungen nehmen sämtliche Filialleiter und Kolporteure des „Hamburger Echo" entgegen

Ziehung 30. Okt. 1919

353. Hamburgische Staats-Geldlotterie

100000 Lose mit in 7 Klass. verteilten 56020 Gewinnen, Prämien u. Freilosen; mehr als die Hälfte der Lose müssen gezogen werden. Eventl. Hauptgewinn Mk.

1000000

500000

300000

Preise der Lose 1. Klasse:

1/8	1/4	1/2	1/1
1.45	2.90	5.80	11.60

einschl Unkostenbeitrag v. 20 Pfg. per 1/1 Los u. Klasse (Porto u. Liste 30 Pfg) empfiehlt u. versendet **Emil Stiller, Bankhaus, Hamburg,** Holzdamm 39.

Plan gratis und franko

Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Abteilung Buchhandlung, Hamburg 36, Fehlandstr. 11

Soeben erschienen:

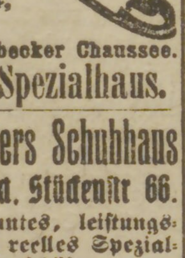
Illustrierter Neue-Welt-Kalender für das Schaltjahr 1920

44. Jahrgang

Preis 80 Pf. und 10 Prozent Teuerungszuschlag = 90 Pf.

Bei Einzelbezug bitten wir um Einsendung des Betrages und 20 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto

Schuh warenlager Paul Raczka



Wandsbeck, Hamburgerstr. 4, I. Etage. 2 Min. vom Vorortsbahnhof Wandsbecker Chaussee.

Erstes leistungsfähigstes Spezialhaus.

Zu verkaufen: 1 Plüschgarnitur, 1 Bücherschrank, 1 Tisch, 1 Kommode. **C. Winkel,** Hardenstr. 33 I.

Altmahag. Möbel aller Art, **Schatull., Sekret.** 2c. kauft **Liepmann, Alt., Poststr. 25.**

Alter mahag. Eckschrank u. Aufs., od. **Bücherschrank** m. Glastüren ges. **Liepmann.** Altona, Poststraße 25

Schreibtisch m Sess. gebr. Tep 3×4 eis. Kindbst. rund Strohteppich, fl Blockwag., Draht, b. z verk **Müller,** Wrangelst 89 III.

Elegantes Schlafzimmer, eichen imit., gewachst, Ankl.-Schrank, Umbau u. Apoth. f. M 1400 z. verk. Rüter, Spaldingstr. 24..II.

Elegantes Schlafzimmer: Ankleideschrank, 2 Betten m. Patentrahmen u. Aufleger, moderne Waschkommode u. 2 Stck. Nachtschränke nur M. 1150.

Möbel-Köhler, Hamburgerstrasse 61.

Daunenbett., neue u. gereinigte, Oberdecke 75. Kinderdecke 28, Gänsefedern m. Daunen ₰ 6,50 Lager Elbstr. 20 Hpt Sander.

Saft u. Frisiertoilette preisw. z verk Zu bes. v. 6-7 Uhr nm **Blanke,** Jenischstr. 4°, I.

Hübsch. Kinderwag. Nickel **weiß. Kinderbett bill. Vereinsstr. 49, Hochpt. r.**

Höhmeiers Schuhhaus Barmbeck, Stückenstr 66.

Altbekanntes, leistungsfähiges, reelles Spezialgeschäft. Vorrätig: **Damen-, Herren- u. Konfirmanden-Stiefel.** Große **Kinderstiefel-Abteilung.** Man decke sich jetzt ein da der größte Teil meiner Vorräte noch nicht von der Verteuerung durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft betroffen ist. — Bewährte billige Sohlenschoner.

Leder billig! 500 Lederhelme zu Sohlen pass., zu verk. spottbillig. **Beßler,** Hammersteindamm 81. b. Hasselbrookbhf.

Posten Lederhelme zu Sohlen billig z verk. **Beßler, Hammersteindamm 81.**

Posten Lederfetzen zu Absätzen zu verk. **Beßler, Hammersteindamm 81.**

Posten 10er Texe, Kilo M. 8, z. verk. **Beßler,** Hammersteindamm 81.

Großer Posten Altleder zu verkaufen, zu Sohlen u. Flecke, Pfund M. 4, u. Posten **Texe** (Friedenswaare). Selt. Zufall. **Bessler,** Hammersteindamm 81 b Hasselbrookbh

1 gr. Kind.-Badewanne z vrk. Friedensallee 29, I.I., Ottens.

Briefmarkensammlg. z. kaufen ges. Off. u. A 44 Exp. d. Bl.

Silber, Gold, auch Münzen zu kaufen gesucht. Zahle höchste Preise. Daselbst verarbeite. **C. F. Brinckmann,** Ottensen Gr. Rainstr. 17.

Pfandgeschäft Rabisch 92 u. Amandastr. 4? Ank. Juwelen und Brillanten

Für Altpapier zum Einstampfen, Metall, Lumpen, Flaschen, zahlt höchste Preise: Sass, Gertigstr. 6. Merkur 1595.

Kleistermehl, jedes Quantum, M 6 per kg br./n. ab Lager Hamburg. **Emil Ahrens,** Hamburg Schillerstraße 18.

Brennholz Buchen- u. Kiefernkloben für den Winterbedarf liefert frei Haus und ab Lager Grüneideich 102 **Heinr. Ehling, Sägereibetrieb.**

Gebr. Piano ges. **Keuer,** Wandsbeck, Hofstenstraße 30.

Gute Geige m. Formkasten zu verkaufen. M. 600. **Balzer,** Hardenstr. 38, Hinterhs., pt. r., Hamburg 27.

Skatklub „Grand". Morg. Frei. **Gr. Preisskat** bei **Aug. Meyer,** Süderstr. 9 **Anfang 7½ Uhr.**

!! Zur Aufklärung !!

Behördlicherseits wird vor Schwindelfirmen gewarnt, die unbrauchbare Heizsparmittel auf den Markt bringen. **Zu diesen zählt die Firma E. Findeisen, Meißen, nicht,** denn **„Findeisens Kohlensparer"** ist ges. gesch., behördl. glänzend begutachtet, seit 1911 erprobt und erspart fast **50%** Feuerung. Probe **kostet 1 Mk.** und reicht f. 1 mittl. Zimmer 3-4 Wochen. Durch **„Findeisens Kohlensparer"** ist die schlimmste **Gefahr,** die **Deutschland** in diesem Winter **droht, restlos beseitigt.** Untervertr., Reisende u. Geschäftsinh. erfahren Näheres durch den **Alleinvertr. Eugen Steffens, Hamburg 20,** Rissenstraße 9.

Höchste Preise für Kupfer, Messing, Rotguss. Diamant & Co., Rohprodukte. **Bei den Mühren 79.** Tel.: Vulkan 1039. Tel.-Adr.: Diecomproh.

„FROSCHKÖNIG SPRICHT"

Wirklich billig durch seine gute **Qualität** ist der Schuhputz **Erdal** schwarz, gelb, braun, rotbraun

Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Monatlich nur **6** Mark

Romane berühmter Männer und Frauen.

18 Bände in drei Abteilungen zu je 6 Bänden. Preis jeder Abeilung 63,— Mark.

1. Abteilung: Liebe und Leben der Lady Hamilton. — Lord Nelsons letzte Liebe. — Der Roman einer Kaiserin. (Katharina II. von Rußland.) — Grillparzers Liebesroman. — Ein Liebesidyll Ludwig XIV. (Louise de la Vallière.) — Lasalle. Ein Leben für Freiheit und Liebe

2. Abteilung: Lola Montez. — Marquise von Pompadour. Ein Roman aus galanter Zeit — Kaiserin Eugenie. Der Weg zum Thron. — Marie Antoinette. Einer Königin Liebe und Ende. — George Sand. Ein Buch der Leidenschaft — Napoleon III. Ein Märchen auf dem Thron.

3. Abteilung: August der Starke. — Die letzte Zarin (Alexandra Frodorowna). — Goldene Berge. (Roman aus dem Leben der Gräfin Kosel). — Ein livländisches Herz. (Katharina I. von Rußland). — Maria Theresia. — Johann von Leiden.

Diese Erzählungen verschaffen einen tiefen Einblick in die Herzenserlebnisse geschichtlicher Größen und Berühmtheiten; sie bringen diese uns menschlich näher, zeigen aber auch, in welcher Weise die Geschicke der Völker so häufig von geheimen Mächten beeinflußt wurden.

Wir liefern jede Abteilung gegen monatliche Zahlungen von 6 Mark.

A. Wollbrück & Co., Buchhandlung, Berlin N 24, Oranienburger Str. 59.

Bestellschein in offenem Briefumschlag für 5 ₰ aus dem „Hamburger Echo".

Der Unterzeichnete bestellt bei der **Buchhandlung A. Wollbrück & Co., Berlin,** Oranienburger Straße 59:

Romane berühmter Männer und Frauen Abteilung I — II — III je M. 63, zahlbar mit monatlich **6** M. für jede Abteilung. (Nicht gewünschte Abteilung durchstreichen.)

Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Name und Stand mit genauer Adr.: